

Mehr innerparteiliche Demokratie wagen

Wahlen zum Parteivorsitz in CDU und SPD

Benjamin Höhne



Mehr innerparteiliche Demokratie wagen

Wahlen zum Parteivorsitz in CDU und SPD

Benjamin Höhne

Auf einen Blick

Erkenntnisse

- › Es ist eine Zunahme innerparteilicher Demokratie (IPD) von konsens- zu wettbewerbsorientierten Verfahren zu beobachten.
- › Damit einher gehen im Idealfall ein höherer Grad an Selbstermächtigung mit Blick auf die Kandidatur sowie Inklusion und Partizipation der „einfachen“ Parteimitglieder.
- › Vorläufig zu konstatieren ist eine Öffnung für andere Kandidatinnen und Kandidaten sowie eine verstärkte Flügelmobilisierung. Die Befunde unterstreichen den experimentellen Charakter der Veränderungen.

Effekte

- › Die Mitgliederbefragung zur Wahl der/des Vorsitzenden hat sich als Instrument bewährt. Ihre Vermeidung kann in Zukunft Erklärungsbedarf bedeuten. Dabei ist die Digitalisierung innerparteilicher Demokratie noch ausbaufähig.
- › Als Instrument der Krisenreaktion und zur Befriedung innerparteilicher Konflikte erscheint eine Zunahme an IPD kurz- und mittelfristig geeignet.
- › Es besteht das Risiko, dass offenere innerparteiliche Verfahren durch populistische Kommunikation, parallele Arenen und die Privatisierung von Kandidaturen unterminiert oder sogar gekapert werden.

Abstract

In vielen Demokratien der westlichen Hemisphäre hat die parteiinterne Auswahl der Parteivorsitzenden in der jüngeren Vergangenheit Demokratisierungsschübe erfahren. Demgegenüber sind die Parteien der Bundesrepublik Deutschland für ihre stabilen Rekrutierungsbedingungen bekannt, die an „Krönungsmessen“ erinnern. In jüngster Zeit lassen sich jedoch in erster Linie bei CDU und SPD Veränderungen ausmachen, die in der vorliegenden Studie als nachholende Demokratisierung mit experimentellem Zuschnitt beschrieben werden. Empirisch steht die Input-Dimension der innerparteilichen Demokratie im Mittelpunkt. Herausgearbeitet wird zuerst das traditionelle Rekrutierungsmodell mit Längsschnittdaten im Zeitraum von 1990 bis Mitte der 2010er Jahre.

Anschließend wird dieses Modell mit aktuellen Wandlungen verglichen, die seitdem auftraten. Sie umfassen Elemente der Dezentralisierung, eine umfassendere Einbeziehung der Parteimitgliederbasis, vermehrte Eigeninitiativen bei der Kandidatur und eine Zunahme des sichtbaren Wettbewerbs zwischen den Kandidierenden. Bei diesem mehrschichtigen Wandel handelt es sich jedoch nicht um eine Einbahnstraße. Vielmehr konnte partiell auch eine Rückkehr zu traditionellen Auswahlmustern beobachtet werden. Ausblickend wird der Frage nachgegangen, welche Effekte mehr innerparteiliche Demokratie auf die Parteien und deren Handeln hat.

Inhaltsverzeichnis

1 Fallauswahl, Daten und Vorgehensweise	5
<hr/>	
2 Theorie	7
2.1 Forschungsstand zu Parteivorsitzendenwahlen	7
2.2 Modelle und Analysebereiche innerparteilicher Demokratie.....	8
2.3 Facetten der innerparteilichen Demokratisierung.....	10
<hr/>	
3 Empirische Analyse	12
3.1 Die elitäre Führungswahl in den Parteien als traditioneller Modus Operandi.....	12
3.2 Die demokratisierte Führungsauswahl in den Parteien als neuer Trend	13
3.2.1 Kurzbeschreibung der Untersuchungsfälle	13
3.2.2 Dezentralisierung durch Regionalkonferenzen	14
3.2.3 Inklusion durch Mitgliederbefragungen	17
3.2.4 Selbstbewerbung statt Parteielitenvorschlag.....	18
3.2.5 Wahl mit Auswahl	19
3.2.6 Formalisierung der Verfahren	22
3.3 Diskussion der Ergebnisse	24
<hr/>	
4 Effekte innerparteilicher Demokratisierung	26
4.1 Außenseiterimage als neuer Trumpf?	26
4.2 Mobilisierung von Öffentlichkeit und Mitgliedschaft?	27
4.3 Befriedung innerparteilicher Konflikte?	28
<hr/>	
5 Fazit: Dynamiken bei der innerparteilichen Herstellung von Repräsentation an der Spitze von Parteien	31
<hr/>	
6 Literaturverzeichnis	33
<hr/>	
Der Autor	40
<hr/>	

1 Fallauswahl, Daten und Vorgehensweise

Parteivorsitzende sind zentrale politische Führungsfiguren, nicht nur in ihrer eigenen Partei, sondern im Falle einer Regierungsbeteiligung auch darüber hinaus, etwa als Kanzlerin wie Angela Merkel von der CDU oder als Minister wie aktuell Christian Lindner von der FDP. Die Relevanz dieses Themas als Teil der Forschung zu innerparteilicher Demokratie braucht folglich kaum betont werden (vgl. Münch/Kranenpohl/Gast 2014).

Die Fallbeispiele der vorliegenden Studie sind die CDU und SPD beziehungsweise deren jüngste Wahlen zum Parteivorsitz. Diese Auswahl hat mehrere Gründe. CDU und SPD sind nach Mitgliedern die größten Parteien in Deutschland, was ihre Relevanz als Untersuchungsobjekte unterstreicht. Beide vertreten den Anspruch, Volkspartei zu sein. Dementsprechend kann von einem ausreichend großen Haushalt an strukturellen Gemeinsamkeiten ausgegangen werden, der für den hier geplanten Vergleich eine gute Ausgangsbedingung darstellt. Wichtig für die Fallauswahl ist auch, dass in diesen beiden Parteien die größten innerparteilichen Veränderungen bei den internen Auswahlprozessen für ihre jeweiligen Bundesvorsitzenden zu beobachten waren.

Der Untersuchungszeitraum untergliedert sich auf zwei Zeitachsen: Zunächst wird die traditionelle Führungsauswahl für den Zeitraum von 1990, das erste gesamtdeutsche Jahr, bis 2016 als zeitgeschichtlicher Vergleichsmaßstab herausgearbeitet. Die dafür verwendeten Kurzbezeichnungen sind: CDU/0-1990-2016 und SPD/0-1990-2016. Danach setzten die ersten signifikanten Veränderungen ein. Demnach richtet sich die aktuelle Analyse auf die Zeit zwischen 2017 bis 2022. In diesem Zeitabschnitt fanden in beiden Parteien insgesamt sieben Führungswechsel statt. Deren Kurzbezeichnungen lauten: CDU/1-2018, CDU/2-2021, CDU/3-2021-22, SPD/1-2017, SPD/2-2018, SPD/3-2019, und SPD/4-2021.

Anknüpfend an eigene Forschungsarbeiten wurden für CDU und SPD Daten recherchiert und ausgewertet (vgl. Höhne 2020). Quellen waren öffentliche Umfragen, Medienberichte, Satzungen, Beschlüsse, Pressemitteilungen, interne Dokumente, Mitglieder- und Beteiligungsstatistiken sowie interne Wahlergebnisse der beiden Parteien. Erschlossen wurden diese Quellen mithilfe der Bundesgeschäftsstellen beider Parteien, der Archive der parteinahen Stiftungen Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. und Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Im Abschnitt 2, dem theoretischen Teil der vorliegenden Studie, wird zunächst die internationale Forschungsliteratur zum Wandel der innerparteilichen Auswahlverfahren zum Parteivorsitz diskutiert. Im Anschluss daran werden zwei Idealtypen innerparteilicher Demokratie konzipiert und gegenübergestellt. Diese sollen für die Analyse und Bewertung der Entscheidungsvorgänge in CDU und SPD als Analyseraster dienen. Auch dabei wird – nunmehr in konzeptioneller Hinsicht – auf Grundlagen aus früheren eigenen Arbeiten zurückgegriffen (vgl. Höhne 2013, 2021).

Mit Blick auf die zugrunde gelegte theoretische Referenz wird in dieser Studie argumentiert, dass die über Jahrzehnte hinweg praktizierten Verfahren der innerparteilichen Führungsauswahl im Vergleich zu den aktuellen Demokratisierungstendenzen nicht als undemokratisch zu bezeichnen sind. Vielmehr implizieren die jüngsten Wandlungsprozesse eine Annäherung an ein anderes Idealmodell innerparteilicher Demokratie. Im traditionellen Demokratiemodell ist der innerparteiliche Konsens, der über Parteieliten top-down herbeigeführt wird, zentral. Im neueren Demokratiemodell nimmt die Bottom-up-Partizipation aller Mitglieder, die sich engagieren wollen, einen hohen Stellenwert ein. Dementsprechend werden schließlich Thesen zu den untersuchten Wahlen

der Parteivorsitzenden innerhalb von wichtigen Analysebereichen der innerparteilichen Demokratie formuliert. Letztere können zum Beispiel das Ausmaß der Mitgliederbeteiligung oder die innerparteilichen Wahlergebnisse betreffen.

Im Abschnitt 3, dem empirischen Teil der vorliegenden Studie, werden die Verfahren zur Wahl der Parteivorsitzenden und deren Veränderungen herausgearbeitet. In einem längsschnittanalytischen Vergleich werden Entwicklungen über den Zeitraum der vergangenen gut drei Jahrzehnte rekonstruiert, um eine Verschiebung von der traditionellen, eher exklusiven Auswahlmethode hin zur neueren, eher inklusiven Auswahlmethode sichtbar zu machen. Dabei wird mit querschnittanalytischen Vergleichsperspektiven zwischen CDU und SPD nach Gemeinsamkeiten

und Unterschieden zwischen diesen gesucht. Der Schwerpunkt dieses Abschnitts liegt auf der Analyse der jüngsten Verfahren. Diese werden zu Beginn auf Basis von Medienberichterstattung und Meldungen der beiden Parteien auf deren Internetseiten knapp skizziert. Anschließend werden die ausgewählten Variablen in einzelnen Abschnitten separat operationalisiert und die innerparteiliche Demokratie gemessen.

Abschnitt 4 beschäftigt sich mit den Effekten und Implikationen der analysierten Demokratisierungsprozesse. Dieser Teil wird hypothesen gestützt und unter weiterer Einbeziehung von Forschungsliteratur bearbeitet. Abschließend werden die wichtigsten Erkenntnisse im Abschnitt 5 zusammengefasst.

2 Theorie

2.1 Forschungsstand zu Parteivorsitzendenwahlen

Die innerparteiliche Auswahl von Parteivorsitzenden bildet einen relativ jungen politikwissenschaftlichen Forschungsstrang (vgl. Müller/Meth-Cohn 1991; Marsh 1993). Beeinflusst von internationaler Forschung zu Kandidierendenaufstellungen (vgl. Barnea/Rahat 2007; Kenig/Rahat/Hazan 2015; vgl. dazu jüngst auch Reiser 2023) wurden vor allem bei der Konzeptualisierung und Methodik Fortschritte gemacht (vgl. Kenig 2009a; Cross/Blais 2012; Aylott/Bolin 2016). Auf dieser Basis wurde eine Reihe vergleichender Sammelbände publiziert (vgl. Davis 1998; Pilet/Cross 2014; Cross/Pilet 2015; Sandri/Seddone/Venturino 2015; Cross et al. 2016; Aylott/Bolin 2021).

Als ein Ergebnis der empirischen Forschung wurde ein Demokratisierungstrend festgestellt (vgl. Kenig 2009b; LeDuc 2001; Detterbeck 2013; Wauters 2014; Wang 2016; Astudillo/Detterbeck 2020). Dieser betrifft nicht nur die hier betrachteten Wahlen zum Parteivorsitz, sondern auch die Kandidierendenaufstellung (vgl. Hopkin 2001) und die Genese von Partei- und Wahlprogrammen (vgl. Kamenova 2021). Nach dem portugiesischen Wissenschaftler Marco Lisi (2010: 129–32) stehen dahinter parteiexogene und -endogene Narrative.

Aus parteiexterner Perspektive kann Demokratisierung als Anpassung einer Partei an ein verändertes soziales Umfeld verstanden werden, um weiterhin ihre Funktionen wahrzunehmen. Durch Mitgliederverluste hat sich die Verankerung von Parteien in einer ausdifferenzierten Gesellschaft abgeschwächt (vgl. van Biezen/Poguntke 2014 und für Deutschland Wiesendahl/Höhne/Cordes 2018). Eine Reaktionsmöglichkeit darauf ist die vermehrte Einbeziehung der Mitglieder in die interne Entscheidungsfindung. Dadurch soll die Parteiorganisation erneuert werden. Mehr innerparteiliche Mitgliederbeteiligung ist auch vor dem Hintergrund der populistischen Herausforderung

erstrebenswert (vgl. Ignazi 2020) – gehört doch zu deren Standarderzählungen die vermeintliche Abgehobenheit der schon länger etablierten Parteien von der Bevölkerung (vgl. Lewandowsky 2022).

Aus parteiinterner Perspektive könnten hinter einer vordergründig proklamierten Demokratisierung Machtbestrebungen von Partieliten stehen (vgl. Aylott/Bolin 2021). Eine verbreitete These ist, dass Demokratisierung höhere Partieliten stärke und ihnen dabei helfe, ihre Position im Parteiapparat aufrechtzuerhalten. Dabei wird darauf abgezielt, mittlere Eliten bei Entscheidungsprozessen zu umgehen und sie dadurch letztlich zu schwächen (vgl. Hopkin 2001; Bolin et al. 2017; Rahat/Shapira 2017). So können Urwahlen oder innerparteiliche Plebiszite, die „unten“ entschieden werden, zuvor „oben“ initiiert worden sein. Die Entscheidungsfindung über Delegationsketten, die die vertikalen Hierarchien einer Parteiorganisation verbinden, braucht es dabei nicht. Der Einfluss der Parteispitze ergibt sich daraus, dass sie Entscheidungsparameter, insbesondere zu Abstimmungsgegenständen, festlegt und die ganze Zeit über Herrin des Verfahrens ist, also Zeitpläne, Veranstaltungsorte, Wahlordnungen etc. festlegt. Parteivorstände können sich über Medien (parteieigene, soziale oder Massenmedien) direkt an die Partiebasis wenden. Auf die Vermittlung über mittlere Partieliten sind sie nicht mehr angewiesen.

Demokratisierung kann jedoch nicht nur von oberen Partieliten ausgehen (vgl. Chiru et al. 2015). Sie kann auch aus der Mitte der Partei heraus, von innerparteilichen Gruppierungen wie Flügeln oder Einzelpersonen angestoßen werden. So kann zum Beispiel eine bekannte und populäre Kandidatin, die sich bei einem elitegesteuerten Verfahren keine große Durchsetzungschance ausmalt, zur Einbindung der Mitgliederbasis aufrufen, um sich gestützt auf eine Mobilisierungskampagne von unten (*grassroots campaign*) einen Vorteil zu verschaffen.

Zu den Auswirkungen einer demokratisierten Auswahl der Parteiführung gibt es bisher nur wenig Forschung. Sie versprechen Ansehens-, Partizipations- und Legitimationsgewinne für die Auswahlverfahren und Gewählten. Giulia Sandri und Antonella Seddone (2015: 192) schreiben, dass Vorwahlen einen positiven Effekt auf die öffentliche Wahrnehmung einer Partei haben können. Auch gibt es Hinweise darauf, dass die parteiinterne und -externe Mobilisierung zunehmen kann (vgl. LeDuc 2001). Dazu können vor allem Neueintritte beitragen, die auch das öffentliche Image einer Partei aufpolieren können, wie zumindest kurzfristig für Großbritannien und Frankreich dokumentiert (vgl. Luca/Venturino 2015; Garland 2016; Lefebvre/Treille 2017; Alexandre-Collier/Avril 2021). Langfristige Effekte scheinen eher begrenzt zu sein, vor allem im nicht unwahrscheinlichen Fall, dass sich Neumitglieder kaum dauerhaft in ihrer Partei verankern (vgl. Carty/Blake 1999; Kenig/Rahat/Tuttnauer 2015). Auf der Personaldimension von Vorwahlen spielt der Testlaufgedanke eine Rolle. Es wird die Person gesucht, hinter der sich die Partei vereinen und mit der sie bei der nächsten Parlamentswahl reüssieren kann. Es wird geprüft, wie Kandidierende beim Zielpublikum ankommen, wobei zwischen Mitgliedern (*closed primary*) und potenziellem Elektorat (*open primary*) differenziert werden kann. „Leichen im Keller“ können im innerparteilichen Vorwahlkampf aufgespürt werden und würden im eigentlichen Wahlkampf keinen Störfaktor mehr darstellen.

Bei der Demokratisierung der Wahlen zum Parteivorsitz bestehen jedoch auch Risiken. Anders als bei stärker durch höhere Parteieliten kontrollierbaren Entscheidungsverfahren besteht mehr Unsicherheit über den Ausgang. Entscheidend ist, wer im Selektorat mobilisieren kann. Radikale, unzufriedene Gruppen sind womöglich leichter zu mobilisieren als Personen aus dem Mainstream einer Partei. Ein im innerparteilichen Elitenkonsens bestimmter Parteivorsitz kann sich als tragfähiger erweisen als einer, der durch eine Kampfkandidatur von der Mitgliederbasis mit nur knapper Mehrheit gewählt wurde. Diese Gefahr besteht, wenn die Parteimitglieder, die für die unterlegenen Seiten gestimmt haben, das

Ergebnis nicht akzeptieren (vgl. dazu die Fallbeispiele aus französischen Parteien bei Lefebvre/Treille 2017). Polarisierende Wahlen können eine neu gewählte Führungsperson schwächen (vgl. Cross/Pruysers 2019; Greene/Haber 2016). Hinzuweisen wäre auch auf organisatorische Aspekte: Eine Vorwahl bindet Zeit und Ressourcen. Insgesamt betrachtet zeigen sich in der Forschungsliteratur mit Blick auf die Effekte von Primaries wie Partei-zusammenhalt oder Erfolg bei Parlamentswahlen eher uneinheitliche Befunde (vgl. dazu den Sammelband von Sandri/Seddone 2015).

2.2 Modelle und Analysebereiche innerparteilicher Demokratie

In dieser Studie werden zwei Typen innerparteilicher Demokratie (IPD) unterschieden. Erstens die „konsensorientierte IPD“ und zweitens die „mehrheitsorientierte IPD“ (siehe Höhne 2021). Beide wurden ausgehend von Arend Lijpharts (1984) Idealtypen der repräsentativen Demokratie entwickelt. Wie bei Lijpharts Typologie, die den dominanten Entscheidungsmodus der innerstaatlichen Politik ins Zentrum rückt, steht der vorherrschende Entscheidungsmodus auch bei der Typologisierung innerparteilicher Demokratie im Mittelpunkt. Mit diesen beiden Modellen innerparteilicher Demokratie kann die empirische Vielfalt demokratischer Entscheidungsfindung in Parteien durch Abstraktion auf ihre Kernelemente, die für die Funktionsmechanismen wesentlich sind, zurückgeführt werden.

In der konsensorientierten innerparteilichen Demokratie bilden Kompromissverhandlungen unter Parteieliten den maßgeblichen Modus der Entscheidungsfindung. Dieser IPD-Typus bevorzugt exklusive Parteizirkel zur Vorbereitung von Beschlüssen, die auf Delegiertenversammlungen, typischerweise ohne offene Auseinandersetzungen und Konfrontationen, faktisch nur noch ratifiziert werden. Demgegenüber entspricht die direkte Beteiligung aller Mitglieder dem Ideal der mehrheitsorientierten innerparteilichen Demokratie. Entscheidungen werden auf Mitglieder-versammlungen oder durch Abstimmungen mit Mehrheitsentscheid getroffen. Während der

erste IPD-Typ auf den Ausgleich innerparteilicher Machtkonstellationen und Repräsentationsansprüche abzielt, betont die mehrheitsorientierte innerparteiliche Demokratie den Wettbewerb um Konzepte und Personen sowie die innerparteiliche Basisdemokratie.

In der Forschung zu innerparteilicher Demokratie wurden für deren empirische Untersuchung verschiedene Analysebereiche ausgearbeitet (vgl. Höhne 2013; Cross/Katz 2013; Cross et al. 2016; Aylott/Bolin 2021). Diese werden im Folgenden in Bezug auf die Wahl von Parteivorsitzenden skizziert und dabei zur Illustration thesenartig Bezüge zu den deutschen Parteien hergestellt. Dabei folgt diese Studie dem Verständnis der Wahl von Parteivorsitzenden als einem komplexen mehrstufigen Verfahren (vgl. Scarrow 2021). Es kann differenziert werden, welche Entscheidung, von wem, auf welcher Ebene, unter welcher Rahmenbedingung, für oder gegen wen, wie und mit welcher Absicht getroffen wurde. In Abwandlung des Marktmodells von Pippa Norris und Joni Lovenduski (1995) kann die Nachfrage nach dem Amt der oder des Parteivorsitzenden, das im Selektionsprozess das Angebot darstellt, von der Auswahl durch die zuständigen Parteimitglieder unterschieden werden. Analysebereiche sind:

- a. die vertikale Dimension des Entscheidungsprozesses – mit einer zentralen/nationalen Ebene einerseits und einer dezentralen/subnationalen Ebene andererseits. Letztere kann in Deutschland weiter ausdifferenziert werden in die Bezirksebene, die vor allem in größeren Parteien vorkommt, und die kommunale Ebene mit ihren Kreisverbänden, die sich aus den Ortsverbänden auf der untersten Parteebene zusammensetzen.
- b. die temporäre Dimension des Entscheidungsprozesses – mit der Entscheidungsvorbereitung in der Vorentscheidungsarena als erste zeitliche Stufe und der Entscheidungsfindung in der Letztentscheidungsarena als zweite und endgültige Stufe. Für das deutsche Parteiensystem können die zeitlich vorgelagerten Prozesse in der Vorentscheidungsarena traditionell als die wichtigeren gelten.
- c. das Ausmaß der Inklusion der Parteimitglieder in den Entscheidungsprozess – mit den Extremfällen eines sehr exklusiven Gremiums wie einem geschäftsführenden Parteivorstand auf der einen Seite und auf der anderen Seite einer *open primary*, bei der auch die Bevölkerung teilnehmen kann, die über kein Parteibuch verfügt, wie bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen. In den deutschen Parteien ist dieser Analysebereich entsprechend dem Parteiengesetz zwischen den beiden genannten Polen zu verorten: Entweder können eher exklusive Delegiertenversammlungen oder eher inklusive Mitgliederversammlungen abgehalten werden.
- d. die Vorschlagskompetenz im Entscheidungsprozess – einerseits auf einen exklusiven Kreis begrenzt oder andererseits so offen, dass jedes Mitglied ohne weitere Voraussetzungen selbst antreten kann. Bei den Wahlen zum Parteivorsitz in Deutschland wurde die Vorschlagskompetenz traditionell vom Bundesvorstand oder kleinen informellen Zirkeln wahrgenommen.
- e. die Intensität des Wettbewerbs unter den Kandidierenden – sie bildet die Nachfrage-dimension des Entscheidungsprozesses mit „Krönungsmessen“ auf der einen Seite und knappen Kopf-an-Kopf-Rennen auf der anderen Seite. Die deutschen Parteien neigten traditionell dazu, innerparteilichen Wettbewerb – wenn er denn überhaupt stattfand und nicht von vornherein ausgeschlossen war, weil der amtierende Vorsitzende wieder antrat – nicht nach außen zu tragen. Am Ende, das heißt auf der Bundesdelegiertenversammlung, trat meist nur noch eine Person für den Vorsitz an.
- f. der Formalisierungsgrad des Entscheidungsprozesses – mit hochgradig verrechtlichten Entscheidungsverfahren entsprechend den gesetzlichen und parteiinternen Vorgaben einerseits und formal ungeregelten Abläufen andererseits. Dabei gelten die Parteien in Deutschland im internationalen Vergleich als eher verrechtlicht. Bereits das Grundgesetz verpflichtet sie in Artikel 21 zu interner Demokratie.

- g. die Transparenz des Entscheidungsprozesses – mit einem Verfahren auf der einen Seite, das größtmögliche Sichtbarkeit und Nachvollziehbarkeit anstrebt. Auf der anderen Seite befindet sich eine Blackbox, aus der am Ende etwa eine neue oder der alte Parteivorsitzende heraustreten kann. In Deutschland verlaufen diese Prozesse traditionell eher intransparent, wenngleich sie sich mit dem internationalen Trend zunehmender Transparenz in der Politik konfrontiert sehen.

In der Praxis innerparteilicher Demokratie bei der Wahl von Parteivorsitzenden sind die sieben herausgearbeiteten Indikatoren unterschiedlich miteinander verwoben; teils bedingen sie sich wechselseitig. Sie können sich gegenseitig abschwächen oder verstärken. Beispielsweise kann mehr Inklusion mehr Wettbewerb anregen und umgekehrt (vgl. Cross/Blais 2012), auch wenn Forschungsbefunde dazu keine einheitlichen Befunde zeigen (vgl. Kenig 2009b; Denham 2013). Aufgrund des finanziellen und organisatorischen Aufwands bei dem Ziel, eine umfängliche Mitgliederinklusion zu erreichen, ergibt deren Realisierung nur dann Sinn, keineswegs ausschließlich in organisatorischer Hinsicht, wenn eine Wahl zwischen mindestens zwei aussichtsreichen Personen getroffen werden kann (vgl. Pilet/Cross 2014).

2.3 Facetten der innerparteilichen Demokratisierung

Die hier ausgearbeitete Demokratisierung der innerparteilichen Demokratie bei den jüngsten Wahlen zum Parteivorsitz in CDU und SPD wird als Verschiebung vom Modell der konsensorientierten innerparteilichen Demokratie hin zur wettbewerbsorientierten innerparteilichen Demokratie ausbuchstabiert. Dabei sind entsprechend den theoretischen Grundannahmen des wettbewerbsorientierten Typus zwei Aspekte besonders wichtig. Erstens können bei der wettbewerbsorientierten Demokratie alle Parteimitglieder, die sich an der Auswahl der neuen Parteiführung beteiligen wollen, auch tatsächlich mitwirken. Diese Inklusionsmaxime schließt an das basale Verständnis von Demokratie an, das die unbeschränkte

Beteiligung Aller zur Norm erhebt (vgl. Dahl 1998). Zweitens können die Parteimitglieder zwischen mindestens zwei vielversprechenden Personen auswählen. Nur wenn sie eine (wirkliche) Wahl haben, kann von einer effektiven Beteiligung gesprochen werden. Eine inklusive Auswahldimension und eine inklusive Nachfragedimension bedingen sich wechselseitig (vgl. Küppers 2021; Schindler/Pyschny/Cordes 2021). Dieses Verständnis bedeutet nicht, dass die Auswahl nach dem Modell der konsensorientierten innerparteilichen Demokratie weniger demokratisch ist. Vielmehr folgt dieser Typus einer anderen Logik, die wie weiter oben ausgeführt mehr auf Verhandlungen innerhalb repräsentativer Entscheidungsstrukturen beruht.

Konkret bedeutet Demokratisierung im Hinblick auf die sieben im vorhergehenden Abschnitt ausgearbeiteten Analysebereiche von innerparteilicher Demokratie folgende Annahmen:

- a. Auch wenn die maßgebliche Ebene der Entscheidungsfindung zentral bleibt, das heißt auf der Bundesebene, wird sie durch dezentrale Elemente erweitert. Entscheidend für die Dezentralisierung des Auswahlprozesses sind die Regionalkonferenzen.
- b. In Bezug auf die Entscheidungsarenen lässt sich eine Machtverschiebung von der traditionell bedeutsamen Vorentscheidungsarena auf die Letztentscheidungsarena feststellen. Personalentscheidungen werden auf Bundesdelegiertenversammlungen oder bei den bundesweiten Mitgliederbefragungen nicht nur formal, sondern tatsächlich getroffen. Anders als bisher müssen Bundesdelegiertenversammlungen nicht mehr ausschließlich der Ratifizierung von vorher getroffenen Entscheidungen dienen. Die Ratifizierungsfunktion nehmen sie dennoch in jedem Falle weiterhin wahr. Entsprechend den Vorgaben des Parteiengesetzes ist nach einer – in formaler Hinsicht nur konsultativen – Mitgliederbefragung ein Bundesparteitag einzuberufen, um deren Ergebnisse formal zu bestätigen.
- c. Anstelle der eher exklusiven Konfiguration der Entscheidungsfindung in kleinem Kreise, das heißt seitens der Delegierten eines

- Bundesparteitags, steht eine eher inklusive Einbindung der Parteibasis. Das wichtigste Element der Einbeziehung aller Parteimitglieder – zumindest als Partizipationsmöglichkeit – sind Mitgliederbefragungen. Damit verschiebt sich die Richtung der Entscheidungsfindung von top-down zu bottom-up.
- d. Selbstkandidaturen bilden den neuen vorherrschenden Modus. Folglich lässt sich bezüglich der Vorschlagskompetenz ein Verlust an Einfluss und Kontrolle der Parteieliten im Bund feststellen. Bewerbungsvoraussetzungen wie Nominierungen oder Voten durch Parteiuntergliederungen können Vorselektionsmacht kaum auf letztere verlagern. Sie sind eher niedrigschwellig, stellen jedoch für Personen mit innerparteilichem Außen-seiterstatus eine Hürde dar.
 - e. Durch den (verstärkten) Wettbewerb zwischen den Personen, die um den Parteivorsitz konkurrieren, können die jeweils auswahlberechtigten Parteimitglieder (alle Mitglieder oder nur Delegierte) überhaupt erst eine Auswahl zwischen mindestens zwei aussichtsreichen Alternativen treffen.
 - f. Der Formalisierungsgrad der demokratisierten Auswahlprozesse nimmt geringfügig zu. Zwar werden für die Mitgliederbefragungen verbindliche Vorgaben detailliert festgelegt, jedoch bleiben die Parteisatzungen vom Demokratisierungstrend weithin unberührt. Regionalkonferenzen und Mitgliederbefragungen werden in den Satzungen nicht als verbindliche Bestandteile der Wahl zum Parteivorsitz verankert. Dadurch kann ein Spannungsverhältnis zwischen der tatsächlichen und der formalen Entscheidungsarena entstehen.
 - g. Die Transparenz der Entscheidungsfindung wird größer. Dazu tragen verschiedene Bestandteile bei. Dies sind vor allem die schriftlichen Verfahrensregelungen der Mitgliederbefragungen, die öffentlichen Debatten auf den Regionalkonferenzen und der Wettbewerb von mehreren Personen um den Parteivorsitz, aufgrund dessen Medien über deren Persönlichkeitsprofile und politische Ziele berichteten.

3 Empirische Analyse

3.1 Die elitäre Führungswahl in den Parteien als traditioneller Modus Operandi

Die deutschen Parteien sind bekannt für ihre jahrzehntelang stabilen Muster der Rekrutierung von Parteivorsitzenden, deren Verfahren dem konsensorientierten Typus innerparteilicher Demokratie zugeordnet werden können (vgl. Davis 1998; Astudillo/Detterbeck 2020). In deren Mitte standen Verhandlungen von Partieliten aus Bund und Ländern „hinter verschlossenen Türen“ (vgl. Cross/Pilet 2014: 3; Detterbeck und Rohlfing 2014: 77). Wenn der oder die Bundesvorsitzende wieder antreten wollte, fanden üblicherweise selbst diese exklusiven Runden nicht statt. Dabei ist die Wiederwahl aufgrund des Amtsinhaberbonus auch das Ergebnis eines steten Prozesses des Bemühens um Machterhalt der oder des Bundesvorsitzenden, der sowohl die Performance der eigenen Partei (Wahlergebnisse) als auch die kontinuierliche Einbindung verschiedener Parteiflügel und Gremien während der Amtszeit voraussetzt.

In der Regel unterbreitete der Bundesvorstand oder das Präsidium beziehungsweise der geschäftsführende Vorstand einen Wahlvorschlag. Sein Zustandekommen ging wiederum auf Vorbereitungen von einflussreichen Partieliten zurück, die zumeist auch Teil eines Parteivorstands waren. In der politikwissenschaftlichen Forschung wurde für solche Vorbereitungsgremien der Begriff des „Steering Agents“ (Aylott/Bolin 2016) vorgeschlagen. Dieser kann als kollektiver Akteur oder als individueller Akteur in Erscheinung treten – letzterer vor allem, wenn die Amtsinhaberin oder der Amtsinhaber jemanden für die Nachfolge empfiehlt (vgl. Bynander/Hart 2006; Ennser-Jedenastik/Schumacher 2015; Gruber et al. 2015).

Nach dem deutschen Parteiengesetz hat ein Bundesparteitag das letzte Wort – damals wie heute. Dieser findet zumeist als Delegiertenversammlung statt. Alternativ kann auch

eine Mitgliederversammlung abgehalten werden, womit die AfD vor allem zu Beginn ihres Bestehens Erfahrungen gesammelt hat (vgl. Heinze/Weisskircher 2021). Die Anzahl der stimmberechtigten Delegierten liegt bei der SPD bei 600 und bei der CDU bei 1.001.¹ Hinzu können Ex-officio-Mitglieder kommen wie Angehörige des Bundesvorstands oder der Bundestagsfraktion.

Bei der Wiederwahl oder (erstmaligen) Wahl zur Besetzung des Amtes der oder des Parteivorsitzenden war Wettbewerb zwischen mehreren Personen unüblich. Üblicherweise trat nur eine vorgeschlagene Person (wieder) an. Deren Wahl war faktisch eine Akklamation, die einer „Krönungsmesse“ glich (vgl. Küppers 2021). Bis zu den jüngsten Wahlen, die in der vorliegenden Studie analysiert werden, kandidierte bei der CDU zuletzt 1971 mehr als eine Person für den Bundesvorsitz. Dies waren Helmut Kohl und Rainer Barzel, der auf einem Parteitag obsiegte. Bei der SPD standen sich 1993 bei einer Urwahl Rudolf Scharping, Gerhard Schröder und Heidemarie Wiczorek-Zeul gegenüber, die ersterer für sich entschied. Auf einem Parteitag im Jahr 1995 forderte Oskar Lafontaine den Amtsinhaber Rudolf Scharping heraus, der überraschend unterlag (vgl. Jun/Jakobs 2021: 73). Über diese drei Fälle hinaus wurde es nur dann spannend, das heißt im Sinne eines vorab schwer zu kalkulierenden Ergebnisses, wenn die amtierende Person abtrat und sich damit ein sogenanntes *window of opportunity* für Successor-Kandidierende öffnete. Ein Beispiel dafür bot die Nachfolge von Helmut Kohl, dessen Platz an der CDU-Spitze Wolfgang Schäuble kurzzeitig einnahm, bevor die Ära von Angela Merkel begann.

Hinsichtlich der individuellen Profile der Parteivorsitzenden wurden typische Merkmale festgehalten (vgl. Davis 1998; Forkmann/Schlieben 2005; Gast 2011). Traditionell wurden Parteiprofis rekrutiert, die sich parteipolitische Führungsfähigkeiten auf einem langwierigen Weg beharrlich angeeignet

haben. Ausgehend von der Parteibasis konnten analog dem deutschen Föderalismus zwei Erfolg versprechende Pfade beschritten werden. Eine geeignete Startposition bot eine exekutive Chefposition auf der Landesebene. Dies demonstrieren Ministerpräsidenten wie Helmut Kohl, Rudolf Scharping oder Gerhard Schröder. Auf der Bundesebene erwies sich die Fraktionsführung als geeignetes Sprungbrett zur Machtübernahme in der Partei. Beispiele dafür waren Rainer Barzel, Wolfgang Schäuble oder Angela Merkel.

3.2 Die demokratisierte Führungswahl in den Parteien als neuer Trend

3.2.1 Kurzbeschreibung der Untersuchungsfälle

CDU

Gegenstand der Analyse bei der CDU sind die jüngsten drei Vorsitzendenwahlen 2018 (CDU/1), 2021 (CDU/2) und 2021/22 (CDU/3). CDU/1: Nachdem die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel ihren Rücktritt als Parteivorsitzende angekündigt hatte, hielt die CDU zwischen Mitte und Ende November 2018 Regionalkonferenzen ab (vgl. Höhne/Koch 2023). Im Dezember desselben Jahres fand ein Bundesparteitag statt, auf dem sich Annegret Kramp-Karrenbauer gegenüber ihren beiden Mitbewerbern Friedrich Merz und Jens Spahn durchsetzte. Ihr Vorsitz währte jedoch nicht lange. Offenbar hatte ein Teil der CDU seine reservierte Haltung gegenüber Kramp-Karrenbauer nicht abgelegt. Nach kommunikativen Fehlritten und einem Autoritätsverlust innerhalb ihrer eigenen Partei im Zusammenhang mit der Wahl von Thomas Kemmerich als Kurzzeitministerpräsident von Thüringen im Oktober 2019 kündigte Kramp-Karrenbauer im Februar 2020 ihren Rücktritt an. CDU/2: Aufgrund von Verzögerungen wegen der COVID-Pandemie wurde Kramp-Karrenbauer erst im Januar 2021 von Armin Laschet abgelöst. Laschet hatte sich auf einem Bundesparteitag gegen Norbert Röttgen und Friedrich Merz durchgesetzt, der zum zweiten Mal angetreten war. CDU/3: Vor dem Hintergrund des bisher schlechtesten Ergebnisses der CDU bei einer Bundestagswahl – 2021 erzielte sie nur 18,9 Prozent der Zweitstimmen und blieb

damit acht Prozentpunkte unter ihrem Ergebnis von 2017 – wurde Laschet im Januar 2020 auf einem Bundesparteitag durch Merz ersetzt. Seiner offiziellen Wahl vorausgegangen war eine Mitgliederbefragung, die in der ersten Dezemberhälfte 2021 stattfand. Dabei ging Merz bereits aus der ersten Runde klar als Sieger hervor und verwies seine Mitbewerber Röttgen, der zum zweiten Mal angetreten war, und Helge Braun auf die Plätze. Auch in der CDU war eine Diskussion über die Einführung einer paritätischen Doppelspitze geführt worden, die jedoch rasch verebbte (dpa-Meldung, 30.10.2021).

SPD

Gegenstand der Analyse bei der SPD sind die jüngsten vier Vorsitzendenwahlen 2017 (SPD/1), 2018 (SPD/2), 2019 (SPD/3) und 2021 (SPD/4). SPD/1: Im März 2017 wurde Martin Schulz ohne Konkurrenz zum neuen SPD-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl im Herbst desselben Jahres bestimmt. Gewählt worden war er auf einem außerordentlichen Bundesparteitag mit sagenhaften 100 Prozent der Delegiertenstimmen. Mit diesem Ergebnis lag er in der Delegiertengunst historisch sogar noch vor dem populären Willy Brandt, der bei seinen Wahlen zwischen 99 Prozent (1966 in Dortmund) und 90 Prozent (1979 in Berlin) der Delegiertenstimmen auf sich vereinen konnte. Nach dem für die SPD enttäuschenden Abschneiden bei der Bundestagswahl 2017 – mit nur 20,5 Prozent der Zweitstimmen lag sie fünf Prozentpunkte unter dem Ergebnis von 2013 – und ihrem Kurswechsel hin zu einer neuerlichen Großen Koalition trat Schulz im Februar 2018 schon wieder zurück. SPD/2: Ihm folgte im April 2018 Andrea Nahles, die sich gegenüber der selbsternannten „Basiskandidatin“ Simone Lange durchsetzte. Zwischen beiden hatte eine Delegiertenversammlung entschieden – de facto und de jure. Der weitere zunehmende Druck nach dem bisher schlechtesten Ergebnis der SPD bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 (15,8 Prozent) führte im Juni 2019 auch zu ihrem Rücktritt. Hernach mussten die Sozialdemokraten erneut eine Spitze finden. Dieser Prozess wurde durch die Interimsführung von Malu Dreyer, Thorsten Schäfer-Gümbel und Manuela Schwesig gesteuert (Juni bis

September 2019). SPD/3: Nunmehr sollte es eine Doppelspitze sein. Im Oktober und November 2019 fanden innerhalb von sechs Wochen Regionalkonferenzen statt. Daran schloss auf Betreiben des SPD-Bundesvorstands eine Mitgliederbefragung an. Angetreten waren sechs gemischtgeschlechtliche Tandems. Zwei weitere Teams und ein Einzelbewerber, die die Nominierungsvoraussetzungen erzielt hatten, zogen ihre Kandidatur vor der Abstimmung zurück. Die Stichwahl Ende November 2019 gewannen Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. SPD/4: Turnusgemäß musste das Team der Parteivorsitzenden nach zwei Jahren im Amt neu gewählt werden. Walter-Borjans stellte sich nicht zur Wiederwahl. Für ihn rückte Ende Dezember 2021 auf einem ordentlichen Bundesparteitag Lars Klingbeil nach.

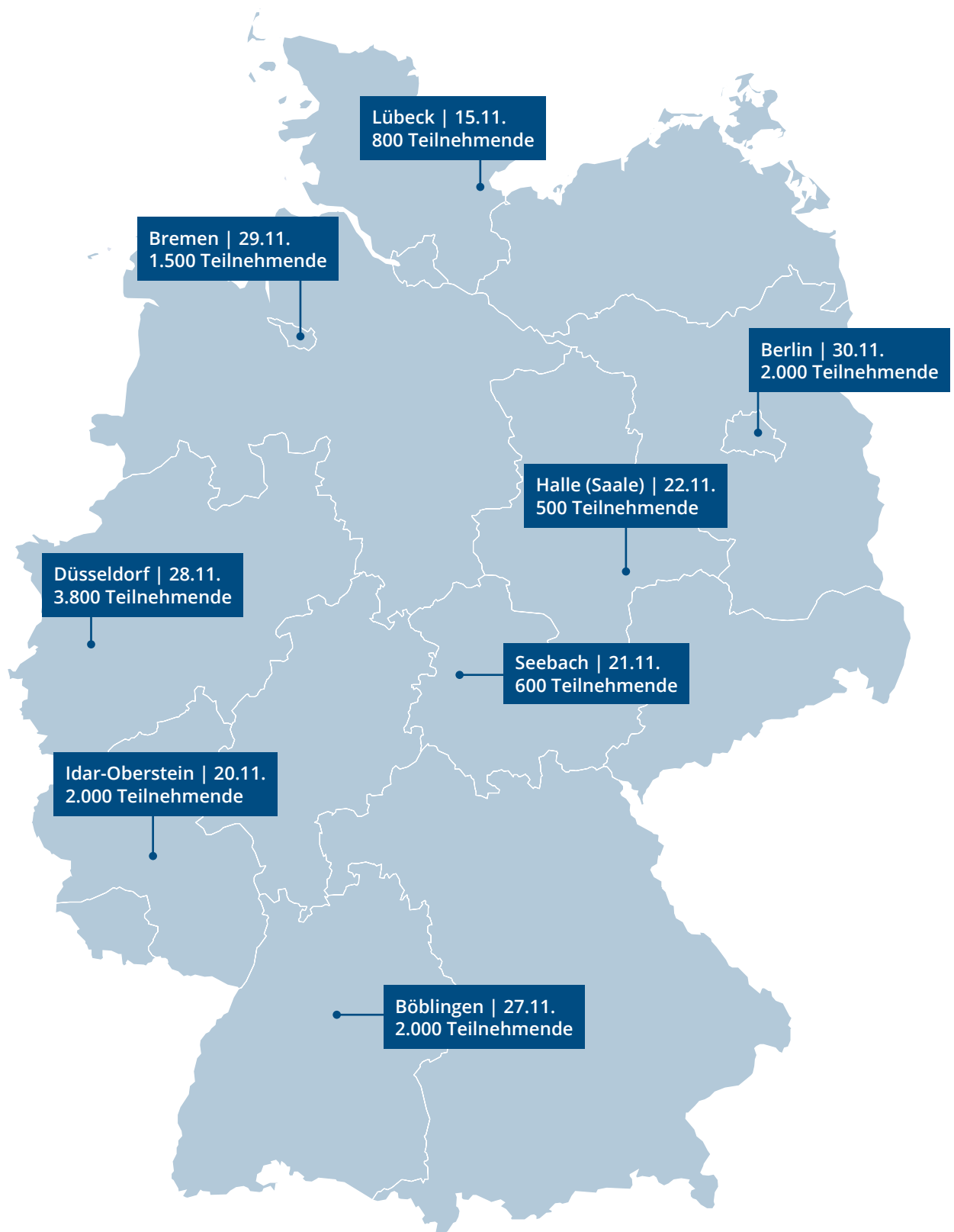
3.2.2 Dezentralisierung durch Regional-konferenzen

Das erste Element der Demokratisierung der Auswahl der CDU- und SPD-Führungsspitze war die Dezentralisierung, die vor allem durch eine Reihe von Regionalkonferenzen umgesetzt wurde (CDU/1 und SPD/3). An den Regionalkonferenzen beider Parteien konnten alle Mitglieder

teilnehmen. Der Ablauf war in beiden Parteien ähnlich. Zu Beginn der Veranstaltungen, die professionell moderiert wurden, stellten sich die Kandidierenden in kurzen, zeitlich begrenzten Reden vor. Anschließend wurden ihnen seitens der anwesenden Mitglieder Fragen gestellt, die sie – ebenfalls zeitlich begrenzt – beantworten konnten. Die Bundesgeschäftsstellen waren maßgeblich für die Organisation und Finanzierung der Regionalkonferenzen verantwortlich.

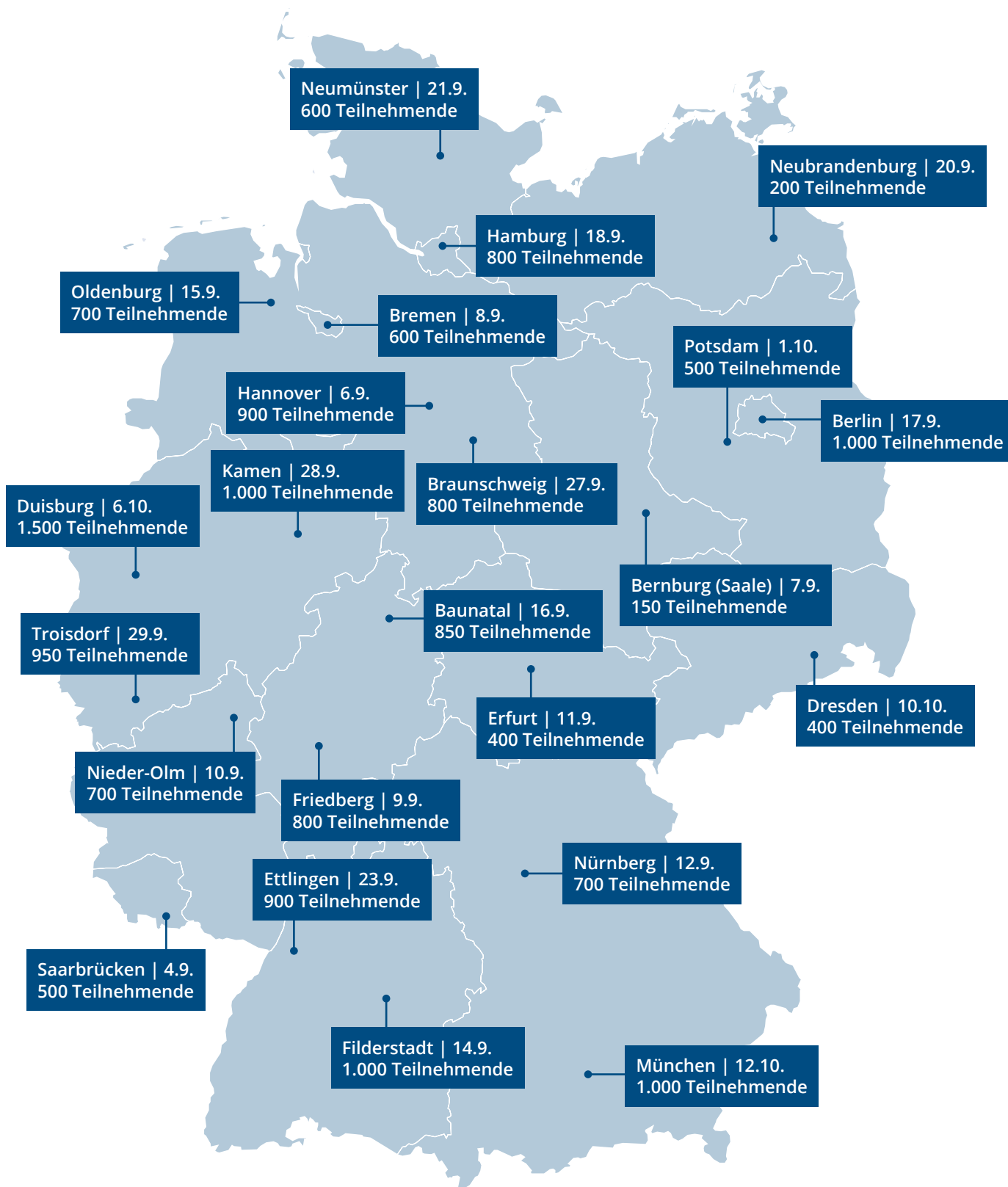
In der CDU fanden im November 2018 innerhalb von zwei Wochen acht Regionalkonferenzen in ganz Deutschland statt (CDU/1). Nach Angaben der Partei und der Medien nahmen zu den einzelnen Veranstaltungen aufsummiert insgesamt rund 13.200 Mitglieder teil (siehe Abbildung 1). In der SPD wurden innerhalb von sechs Wochen im Oktober und November 2019 23 Regionalkonferenzen abgehalten, ebenfalls kreuz und quer über die Republik verteilt (SPD/3). Daran beteiligten sich laut Medienangaben rund 17.000 Mitglieder (siehe Abbildung 2). Die SPD selbst gab auf ihrer Homepage eine Zahl von „über 20.000“ sowie „fast 300.000“ Online-Abrufe an.²

Abbildung 1: CDU-Regionalkonferenzen, 2018



Anmerkungen und Quellen: eigene Recherchen auf Basis von Angaben in Medienberichten, teilnehmende Mitglieder geschätzt

Abbildung 2: SPD-Regionalkonferenzen, 2019



Anmerkungen und Quellen: eigene Recherchen auf Basis von Angaben in Medienberichten, teilnehmende Mitglieder geschätzt

Neben den Regionalkonferenzen konnte ein weiteres Element der Dezentralisierung ausgemacht werden. Die bisher letzte Vorsitzendenwahl bei den Christdemokraten (CDU/3) beinhaltete zwar keine Regionalkonferenzen, jedoch wurde die Mitgliederbefragung dezentral eingeleitet. Nachdem die Wahl des dritten Nachfolgers von Angela Merkel notwendig geworden war, wurde Ende Oktober 2021 eine außerordentliche Kreisvorsitzendenkonferenz abgehalten. Eingeladen waren 326 Kreis- und 27 Bezirksvorsitzende (siehe dpa-Meldung, 30.10.2021). Die eintägige Konferenz empfahl mit großer Mehrheit, eine Urwahl durchzuführen. Dieser Empfehlung schloss sich der Bundesvorstand an, und so wurde erstmalig in der Bundes-CDU eine bundesweite Mitgliederbefragung abgehalten.

3.2.3 Inklusion durch Mitgliederbefragungen

Im Rahmen der analysierten Demokratisierung der Wahlen zum Parteivorstand war die Mitgliederbefragung das inklusivste Instrument zur Einbindung der Mitglieder. An der CDU-Mitgliederbefragung beteiligten sich 66,1 Prozent aller Mitglieder (CDU/3). An der SPD-Mitgliederbefragung zur neuen Doppelspitze (SPD/3) nahmen 53,3 Prozent aller Mitglieder am ersten Wahlgang und 54,1 Prozent an der Stichwahl teil (siehe Tabelle 1).

Mit Blick auf die Forschung zu Online-Partizipation in Parteien (vgl. Bieber 2014; Gerl/Marschall/Wilker 2016; Borucki 2022) lässt sich Folgendes festhalten: Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie konnten bei ihrer Vorsitzendenwahl alle Mitglieder ihre Stimme

sowohl online als auch klassisch per Brief abgeben. Online und offline konnte auch bei der CDU-Mitgliederbefragung im Winter 2021 abgestimmt werden. Nach Auskunft des Konrad-Adenauer-Hauses gaben 52 Prozent ihr Votum online ab und 48 Prozent postalisch. Für die SPD konnten keine Angaben zum Verhältnis zwischen digitalen und postalischen Stimmen ermittelt werden, auch nicht auf Nachfrage im Willy-Brandt-Haus.

Dass die Partizipationszahlen bei der SPD-Mitgliederbefragung zum Parteivorstand um 12,8 beziehungsweise 12 Prozentpunkte niedriger lagen als bei der CDU-Mitgliederbefragung (siehe Tabelle 1), kann auf mehrere Ursachen zurückgeführt werden. Die untersuchte CDU-Mitgliederbefragung war die erste in der Geschichte der Bundes-CDU. Dementsprechend dürfte die Partizipationsbereitschaft hoch gewesen sein. Bei der SPD dagegen fand die Mitgliederbefragung statt, nachdem in den Jahren 2013 und 2018 Mitgliedervoten zur Großen Koalition abgehalten wurden. Dabei waren sehr hohe Beteiligungsquoten von jeweils 78 Prozent erreicht worden. Insofern könnte die Frage aufgeworfen werden, ob sich in Teilen der Mitgliedschaft Partizipationsmüdigkeit verbreitet hat.

Nach dem Vergleich der Inklusionswerte von Mitgliederbefragungen mit denen von Regionalkonferenzen und Bundesparteitagen kann festgehalten werden, dass mit dem in formaler Hinsicht inklusivsten Verfahren der Mitgliederbefragung tatsächlich die höchsten Teilnahmezahlen erreicht wurden. Diese liegen deutlich über dem üblichen

Tabelle 1: Mitgliederinklusion bei Bundesparteitagen, Regionalkonferenzen und Mitgliederbefragungen im Vergleich

	Bundesparteitage	Regionalkonferenzen	Mitgliederbefragungen
CDU	0,3 % / max. 1.001 (2018, 2021, 2022)	3,1 % / ca. 13.000 (2021)	66,1 % / 254.957 (2021)
SPD	0,1 % / max. 600 + Mitglieder des Parteivorstands (2017, 2018, 2019, 2021)	4,1 % / ca. 17.000 (2019)	<i>erste Runde:</i> 53,3 % / 226.775, <i>Stichwahl:</i> 54,1 % / 230.215 (2019)

Anmerkungen und Quellen: eigene Darstellung; Angaben der Bundesgeschäftsstellen von CDU und SPD sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung

Partizipationsniveau im Parteialltag, zum Beispiel auf einer lokalen Mitgliederversammlung (vgl. Spier et al. 2011). Dass sich nicht alle Mitglieder an den beiden Mitgliederbefragungen beteiligt haben, hat (ebenfalls) mehrere Gründe. Zum einen können die Mitgliederkarteien der Parteien „Karteileichen“ beinhalten. Damit sind Personen gemeint, die sich ihrer Partei nicht mehr als (aktives oder passives) Mitglied zugehörig fühlen, die Zahlung des Mitgliedsbeitrags eingestellt haben, aber noch nicht offiziell ausgetreten sind. Zum anderen kann neben einem Ermüdungseffekt infolge mehrerer hintereinander abgehaltener Mitgliederbefragungen, wie es womöglich bei der SPD der Fall war, auch der Entscheidungsgegenstand selbst und seine Mobilisierungsfähigkeit eine Rolle spielen.

Die Regionalkonferenz ist formal gesehen ebenfalls eine sehr inklusive Form der Mitgliederbeteiligung: Sie steht allen Mitgliedern offen. Jedoch weisen Regionalkonferenzen deutlich geringere Inklusionswerte als Mitgliederbefragungen auf. Während an der analysierten Mitgliederbefragung der CDU fast zwei Drittel der Mitglieder (CDU/3) und bei der SPD etwas mehr als die Hälfte (SPD/3) teilnahmen, lagen die Beteiligungswerte der Regionalkonferenzen beider Parteien im niedrigen einstelligen Bereich. Bei der CDU beteiligten sich circa drei Prozent der Mitglieder und bei der SPD circa vier Prozent (siehe Tabelle 1). Dieses niedrige Beteiligungsniveau ist vor allem auf Selbstausschlüsse infolge eines höheren Partizipationsaufwands zurückzuführen. Um an einer Regionalkonferenz teilzunehmen, braucht ein Mitglied Zeit und muss unter Umständen Fahrtkosten aufwenden. Dies hemmt Partizipation in Parteien. Dass die Inklusionsquote der Regionalkonferenzen bei der SPD um circa einen Prozentpunkt höher als bei der CDU war, dürfte vor allem an der fast dreimal höheren Anzahl an Einzelveranstaltungen und größeren regionalen Verteilung gelegen haben (SPD: 23, CDU: 8).

Die geringste Mitgliederbeteiligungsquote wurde bei den Bundesdelegiertenversammlungen gemessen (siehe Tabelle 1). Deren Inklusionswerte lagen zwischen 0,1 und 0,3 Prozent (SPD/1,2,3,4 und CDU/1,2,3). Dementsprechend

gehören die nationalen Delegiertenparteitage zu den exklusivsten Partizipationsarenen in den Parteien. Deren Exklusivgrad erklärt sich aus Sicht der Partizipationsforschung kaum durch „Selbstausschlüsse“ von Mitgliedern wie bei der Regionalkonferenz, sondern durch „Fremdausschlüsse“ infolge des Delegationsprinzips der Parteien.

In Bezug auf die Zusammensetzung der Partizipationsarenen kann davon ausgegangen werden, dass sich diese mit zunehmender (formaler und faktischer) Exklusion der Mitgliederbasis, ausgehend von der Mitgliederbefragung über die Regionalkonferenz bis hin zum Delegiertenparteitag, immer stärker ändert. Die Parteilitendurchdringung nimmt zu. Delegierte eines Bundesparteitags können vor allem der mittleren und höheren Parteilite beziehungsweise Funktionärskörperschaft zugerechnet werden. Dazu gehören Kreis-, Bezirks- und Landesvorstände, Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordnete, Ministerinnen und Minister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (vgl. Höhne 2017). Regionalkonferenzen sind eine Domäne der aktiv in den Parteien engagierten Mitglieder. Die Mitgliederbefragungen werden von der Mitgliederbasis dominiert, die – wie aus der Mitgliedersozio­logie bekannt (vgl. Spier et al. 2011) – nur wenig am täglichen Parteigeschehen aktiv mitwirkt.

3.2.4 Selbstbewerbung statt Parteiliten-vorschlag

Bei den Personalvorschlägen für den Parteivorsitz lässt sich eine Tendenz weg von kaum einsehba­ren Parteilitenvorschlägen hin zu transparenten Selbstbewerbungen ausmachen. Damit verlagert sich die Vorschlagsmacht (von formellen oder informellen Führungsgremien sowie sonstigen Gruppen auf der Bundesebene, wobei hier auch einzelne einflussreiche Landesverbände einbezogen werden konnten) von der Auswahl- auf die Nachfragedimension.

Zu den formalen Anforderungen für eine Kandidatur gehörten bei den sieben analysierten Prozessen in erster Linie Unterstützungsbeschlüsse von Parteigremien, die innerhalb eines definierten Zeitraums kundgetan werden mussten. Nur

für Mitglieder ohne ausreichende innerparteiliche Unterstützung konnten sie eine Hürde darstellen. Diese Erfahrung musste zum Beispiel Sabine Buder machen (CDU/3), die von ihrem eigenen CDU-Kreisverband im Rahmen der CDU-Mitgliederbefragung nicht nominiert worden war, obwohl sie deren Rückhalt als Wahlkreiskandidatin zur Bundestagswahl im September 2021 noch hinter sich wusste (vgl. Herrmann/Roßmann 2021). Voraussetzung für eine Kandidatur bei der CDU war die Nominierung seitens eines Vorstands auf einer der vertikalen Parteiebenen (zum Beispiel Bezirksvorstand) oder horizontalen Untergliederungen (zum Beispiel Bundesvorstand der Jungen Union) innerhalb der kurzen Nominierungsphase zwischen dem 6. und 17. November 2021. Bei der SPD-Mitgliederbefragung (SPD/3) waren Nominierungen durch mindestens fünf Unterbezirksverbände (diese sind äquivalent zu den Kreisverbänden bei der CDU) oder eine Nominierung seitens eines Bezirks- oder Landesverbands erforderlich. Die zweimonatige Bewerbungsfrist lag im Zeitraum zwischen dem 1. Juli und 1. September 2019.

Als erste Selbstbewerbung im Rahmen des hier untersuchten Demokratisierungstrends kann die von Simone Lange gegen Andrea Nahles (SPD/2) gelten. Lange, damals Oberbürgermeisterin von Flensburg, trat explizit mit dem Argument an, dass es eine Alternative aus der Parteibasis zu der von oben gesetzten Kandidatin geben müsse. Schenkt man ihrer persönlichen Aussage in einem Medieninterview Glauben, dann stand hinter Saskia Eskens Kandidatur für den SPD-Vorsitz eine Entscheidung, die sie aus eigener Kraft getroffen hat. Ihr Tandempartner Norbert Walter-Borjans war schon aus der aktiven Politik ausgeschieden, sodass auch bei ihm eine Selbstbewerbung angenommen werden kann (SPD/3). Friedrich Merz präsentierte sich als Kandidat, der sich vor mehr als einem Jahrzehnt aus der Politik zurückgezogen hat (CDU/3). Bei allen vier Personen, die das jeweilige Parteiestablishment augenscheinlich nicht hinter sich wussten, konnte es keinen Zweifel an einem persönlichen Selbstermächtigungsakt geben.

Diese Selbstbewerbungen haben jedoch nicht dazu geführt, dass steuernde Einflussnahmen aus der obersten Parteiführungsriege oder seitens der Noch-Vorsitzenden verschwanden. Dies bezeugen informierte Einschätzungen aus den Medien (vgl. Alexander 2021; Amann/Neukirch 2018): Annetta Kramp-Karrenbauer galt in der medialen Berichterstattung als Merkels Wunschkandidatin, die deren Nachfolge als CDU-Vorsitzende dann auch tatsächlich antrat (CDU/1). Ihr folgte Armin Laschet, für den sich die Unionsgrößen Wolfgang Schäuble und Volker Bouffier stark gemacht haben sollen (CDU/2). In der SPD hatte sich der scheidende Vorsitzende Sigmar Gabriel für Martin Schulz ausgesprochen (SPD/1). Als Schulz nach kurzer Amtszeit abdankte und die SPD damit in den ersten Akt einer Krise manövrierte, warb er für Andrea Nahles als Nachfolgerin (SPD/2). Auch deren Amtszeit währte nicht lange und bildete den zweiten Akt der Krise. Nach dem abermaligen Scheitern der Parteispitze sollte eine Mitgliederbefragung alles richten (SPD/3). In der ersten Runde vereinte das Team, das zum sozialdemokratischen Establishment gezählt werden konnte, noch die meisten Stimmen auf sich. Erst in der nachfolgenden Stichwahl wandelte sich das Blatt und ein Underdog-Team setzte sich durch.

3.2.5 Wahl mit Auswahl





Wie im theoretischen Teil herausgearbeitet, ist Wettbewerb ein wichtiges Element der Demokratisierung innerparteilicher Demokratie auf der Auswahldimension der Vorsitzendenwahlen. Die Minimalbedingung für das Zutreffen einer Wettbewerbssituation ist, dass mindestens zwei Personen gegeneinander antreten. Bei den früheren Wahlen zwischen 1990 und 2016 konnte in der CDU immer nur eine Person gewählt werden, bei der SPD waren es im arithmetischen Mittel 1,2 Personen (siehe Tabelle 2). Dagegen traten bei den jüngsten Wahlen meist drei oder mehr Personen gegeneinander an (CDU/1,2,3 und SPD/2,3). Bei der SPD-Mitgliederbefragung konnte sogar zwischen sechs Zweierteams ausgewählt werden.






Auch beim Ausmaß des Wettbewerbs kann zwischen der Vor- und Letztentscheidungsarena unterschieden werden. Dabei gibt es auch für die Vorentscheidungsarena Hinweise auf eine

Wettbewerbszunahme bei den jüngsten Wahlen zum Parteivorsitz. Ein Beispiel bietet die erste Wahl des CDU-Vorsitzes in der Post-Merkel-Zeit im Jahr 2018 (CDU/1), bei der anfänglich zwölf Mitglieder Interesse an einer Kandidatur bekundet haben. Vier wurden durch Parteigremien vorgeschlagen. Drei gingen letzten Endes auf dem Delegiertenparteitag ins Rennen. Dagegen war bei den früheren Wahlen zum Vorsitz der CDU sichtbarer Wettbewerb in der Vorentscheidungsarena äußerst selten. Zu den wenigen Fällen gehört der gescheiterte Umsturzversuch Helmut Kohls durch

seine Widersacher Heiner Geißler, Norbert Blüm, Rita Süßmuth und Lothar Späth, der ihn herausfordern sollte, im Vorfeld des Bremer Bundesparteitags im September 1989 (vgl. Clemens 1994). Ein anderes Beispiel bietet die SPD-Mitgliederbefragung im Jahr 2019 (SPD/3), bei der acht Teams und ein Einzelbewerber die notwendigen Nominierungsvoraussetzungen erzielt hatten. Mindestens sechs Personen hatten eine Kandidatur öffentlich angekündigt, waren aber nicht von vorschlagsberechtigten Parteigremien nominiert worden.

Tabelle 2: Wahlen zum Parteivorsitz, 1990 bis 2022

CDU	CDU/0-1990-2016	CDU/1-2018	CDU/2-2021	CDU/3-2021-22
Anzahl endgültig Kandidierende	1	3	3	3
Entscheidende Arena	 Bundesparteitag	 Bundesparteitag	 Bundesparteitag	 Mitgliederbefragung
Ergebnisse	Kohl: Ø 95,0 % (98,5; 91,5; 94,4; 95,5) Schäuble: 94,0 % Merkel: Ø 93,4 % (95,9; 93,7; 88,4; 93,1; 94,8; 90,4; 97,9; 96,7; 89,5)	Runde 1: 1. AKK: 45,0 % (450) 2. Merz: 39,2 % (392) 3. Spahn: 15,7 % (157) Stichwahl: 1. AKK: 51,8 % (517) 2. Merz: 48,3 % (482)	Runde 1: 1. Merz: 38,5 % (385) 2. Laschet: 38,3 % (380) 3. Röttgen: 22,6 % (224) Stichwahl: 1. Laschet: 52,7 % (521) 2. Merz: 47,2 % (466)	1. Merz: 62,1 % (158.328) 2. Röttgen: 25,8 % (65.779) 3. Braun: 12,1 % (30.850)

SPD	SPD/0-1990-2016	SPD/1-2017	SPD/2-2018	SPD/3-2019	SPD/4-2021
Anzahl endgültig Kandidierende	Ø=1,2 (1993: 3; 1995: 2)	1	2	6 (Zweierteam)	1 (Zweierteam)
Entscheidende Arena	 Bundesparteitag (ganz überwiegend)	 Bundesparteitag	 Bundesparteitag	 Mitgliederbefragung	 Bundesparteitag
Ergebnisse	Engholm: 96,6 % Scharping: Ø 81,5 % (79,4; 83,6) Lafontaine: Ø 77,9 % (62,5; 93,2) Schröder: Ø 82,9 % (76,0; 86,3; 88,6; 80,8) Müntefering: 95,1 % Platzek: 99,4 % Beck: Ø 95,3 % (95,1; 95,5) Müntefering: 85,0 % Gabriel: Ø 85,9 % (94,2; 91,6; 83,6; 74,3)	Schulz: 100 % (605)	1. Nahles: 66,4 % (414) 2. Lange: 27,6 % (172)	Runde 1: 1. 22,70 % (48.473) 2. 21,00 % (44.967) 3. 16,30 % (34.793) 4. 14,63 % (31.271) 5. 14,61 % (31.230) 6. 9,60 % (20.583) Stichwahl: 1. Esken und Walter-Borjans: 53,1 % (114.995) 2. Geywitz und Scholz: 45,3 % (98.246)	Doppelspitze aus: Esken: 76,7 % (465) Klingbeil: 86,3 % (523)

Die Anzahl der Personen, die bei einer Wahl angetreten sind, gibt noch keinen Hinweis darauf, wie umkämpft der Wettbewerb zwischen diesen war. Konnten sich mindestens zwei Personen eine reelle Chance auf den Sieg ausmalen? Empirisch beantwortet werden kann diese Frage mittels der numerischen Differenz des Wahlergebnisses zwischen dem ersten und dem zweiten Platz. Dabei wird in der politikwissenschaftlichen Forschung von „knappen Rennen“ gesprochen, wenn der Abstand zwischen beiden Plätzen weniger als zehn Prozentpunkte betrug (vgl. Kenig/Rahat/Tuttnauer 2015). Nach dieser Definition fanden Kopf-an-Kopf-Rennen bei der CDU in den Jahren 2018 und 2021 (CDU/1,2) sowie bei der SPD im Jahr 2019 (SPD/3) statt (siehe Tabelle 2).

Bemerkenswerterweise konnten knappe Wahlausgänge nicht nur bei der Mitgliederbefragung festgestellt werden, sondern auch auf mehreren Delegiertenparteitagen, was als Abkehr vom Muster des Zusammenfallens kompetitiver und inklusiver Auswahlprozesse gesehen werden kann (vgl. Kenig/Rahat/Tuttnauer 2015). Bei der CDU konnten auf beiden untersuchten Bundesparteitagen knappe Rennen beobachtet werden (CDU/1,2), nicht jedoch bei der Mitgliederbefragung (CDU/3). Bei der SPD war die Mitgliederbefragung sehr umkämpft (SPD/3) und nur auf einem von den insgesamt drei Delegiertenparteitagen jüngerer Datums konnte zwischen zwei Kandidatinnen ausgewählt werden. Dabei war das Ergebnis von Simone Lange mit 27,6 Prozent eher ein Achtungserfolg als eine wirkliche Herausforderung von Andrea Nahles (SPD/2).

Im Einzelnen stellten sich die Wahlergebnisse bei den Mitgliederbefragungen folgendermaßen dar: Bei der SPD (SPD/3) erzielten die Teams aus Olaf Scholz und Klara Geywitz mit 22,7 Prozent sowie Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans mit 21 Prozent die meiste Zustimmung in der ersten Runde. Zu den anderen Tandems war der Abstand größer. Sie erreichten 16,3, 14,63, 14,61 und 9,6 Prozent. In der Stichwahl zwischen den beiden ersten Teams wendete sich das Blatt und das zunächst zweitplatzierte Team gewann die Wahl knapp mit 53,1 Prozent. Deren Vorsprung betrug weniger als acht Prozentpunkte. Bei der

CDU (CDU/3) setzte sich Friedrich Merz gleich in der ersten Runde mit 62,1 Prozent gegenüber seinen beiden Mitbewerbern durch.

Mit Blick auf die untersuchten Bundesparteitage konnte für die SPD kein knappes Rennen festgestellt werden. In der CDU erzielte Annegret Kramp-Karrenbauer in der ersten Abstimmungsrunde einen geringen Vorsprung zu Friedrich Merz von knapp sechs Prozentpunkten beziehungsweise 45 zu 39,2 Prozent (CDU/1). Da beide nicht die notwendige absolute Mehrheit erreicht hatten, wurde ein zweiter Wahlgang zwischen ihnen abgehalten. Jens Spahn war mit einem Ergebnis von 16 Prozent zuvor ausgeschieden. Die Differenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Merz schmolz in der Stichwahl noch weiter zusammen. Sie betrug am Ende nur 3,5 Prozentpunkte beziehungsweise 51,8 zu 48,3 Prozent. Sehr knapp waren die Ergebnisse bei der Wahl im Frühjahr 2021 (CDU/2). In der ersten Runde lag Friedrich Merz nur fünf Stimmen vor Armin Laschet. In der zweiten Runde, bei der Norbert Röttgen nicht wieder antreten durfte, bestand zwischen Merz und dem letztlich siegreichen Laschet eine Differenz von 5,5 Prozentpunkten beziehungsweise Ergebnissen von 47,2 zu 52,7 Prozent.

3.2.6 Formalisierung der Verfahren

Die analysierten Verfahren zum Vorsitz von CDU und SPD wurden stärker formalisiert, das heißt die Regelungsdichte hat zugenommen. Dies betraf vor allem die Vorgaben zu den Mitgliederbefragungen und nachgelagert zu den Regionalkonferenzen. Allerdings wurden beide Elemente kein fester Bestandteil des Auswahlverfahrens für den Parteivorsitz, die in den Parteisatzungen verankert wären. Formal hat ein Bundesparteitag unverändert das letzte Wort. Dieser bietet somit weiterhin Inszenierungspotenzial, das in die Partei hinein oder nach außen hin zum Tragen kommen kann (vgl. Best 2023; Switek 2022).

Die formal unangefochtene Stellung des Bundesparteitags führt zu der nicht trivialen Frage, wie mit einer gravierenden Differenz zwischen dem Ergebnis der (konsultativen) Mitgliederbefragung und dem Resultat der nachfolgenden (formal verbindlichen) Delegiertenversammlung

beziehungsweise digitalen/postalischen Delegiertenabstimmung umzugehen wäre (vgl. dazu die parteirechtliche Erörterung von Morlok/Streit 1996). Bisher trat eine solche Situation nicht auf. Sie kann jedoch zukünftig nicht gänzlich ausgeschlossen werden.³

Demgegenüber verlief das Nebeneinander der faktischen und formalen Entscheidungsarena bei den beiden hier analysierten Mitgliederbefragungen zum Parteivorsitz in CDU und SPD weniger spektakulär. Die Personalentscheidungen der Mitglieder wurden durch die Abstimmungen der Delegierten bestätigt, wenn auch mit Einschränkungen (siehe Tabelle 3). Saskia Esken erhielt nur 75,9 Prozent (SPD/3). Ihr Tandem-Partner Norbert Walter-Borjans blieb mit 89,2 Prozent fast elf Punkte unter dem maximal möglichen Ergebnis von 100 Prozent. Friedrich Merz wusste auf seinem Wahlparteitag, der während der Corona-Pandemie digital abgehalten wurde, immerhin 94,6 Prozent der Stimmen hinter sich (CDU/3).

Dieses Ergebnis von Merz musste durch dieselben Delegierten noch postalisch bestätigt werden. Dabei kam es zu einer weiteren Abweichung, wenn auch nur zu einer sehr geringfügigen. Die absolute Zahl der Nein-Stimmen hatte sich von der digitalen zur postalischen Abstimmung von 52 auf 51 reduziert. Da auch die Anzahl der Delegierten, die sich an der Abstimmung per Post beteiligt hatten, zurückgegangen war, sank der Anteil der Ja-Stimmen um 0,3 Prozentpunkte auf 94,3 Prozent. Noch deutlicher fiel die Abweichung zwischen dem digitalen Wahlparteitag von Armin Laschet und seiner postalischen Bestätigung aus. Bei der postalischen Abstimmung erreichte er 83,3 Prozent. Laschet hatte sich aber auch erst auf dem Bundesparteitag gegenüber zwei Mitbewerbern durchgesetzt, während der digitale Wahlparteitag von Merz de facto nur notariellen Charakter hatte. Etwas höhere Anteile als der amtierende CDU-Vorsitzende und sein Vorgänger erzielte die amtierende SPD-Doppelspitze bei der postalischen Bestätigungsrunde mit 97,4 Prozent.

Tabelle 3: Nachträgliche Bestätigung von Mitgliederbefragungen oder digitalen Parteitagen

	CDU		SPD	
	Nach digitalem Parteitag im Frühjahr 2021	Nach Mitgliederbefragung im Winter 2021	Nach Mitgliederbefragung 2019	Nach digitalem Parteitag 2021
Bestätigung auf Parteitag			Saskia Esken: 75,9 % (463) Norbert Walter-Borjans: 89,2 % (545)	
Bestätigung auf digitalem Parteitag		Friedrich Merz: Ja-Stimmen: 94,6 % (915) Nein-Stimmen: 5,4 % (52)		
Bestätigung per Post	Armin Laschet: Ja-Stimmen: 83,3 % (796) Nein-Stimmen: 16,7 % (159)	Friedrich Merz: Ja-Stimmen: 94,3 % (837) Nein-Stimmen: 5,7 % (51)		Saskia Esken und Lars Klingbeil: Ja-Stimmen: 97,4 % (N: n/a) Nein-Stimmen: 2,6 % (N: n/a)

Anmerkungen und Quellen: eigene Darstellung; in Klammern werden die absoluten Zahlen der am jeweiligen Wahlgang teilnehmenden Parteimitglieder angegeben; Angaben der Bundesgeschäftsstellen von CDU und SPD sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung

Summa summarum bedeuten die dargelegten Divergenzen zwischen der faktischen Auswahl und ihrer formalen Bestätigung ein kaum vollständig abbaubares Spannungsfeld. Es muss keinen Automatismus zwischen dem Ausgang einer entscheidungsherbeiführenden Mitgliederbefragung und dem Ausgang eines nachträglich abzuhaltenden Bundesparteitags, bei dem Delegierte zusammenkommen, die an kein imperatives Mandat gebunden sind, geben. Dies kann am fiktiven Beispiel einer vertikal segmentierten und kaum institutionalisierten Partei aufgezeigt werden. In einer solchen Partei können Parteieliten, die ein Parlamentsmandat ausüben, ehrenamtlichen Mitgliedern und Aktiven gegenüberstehen. Beide Gruppen haben gänzlich unterschiedliche Vorstellungen darüber, wer ihre Partei am besten anführen kann und sollte. Am Ende kann ein Basismitglied, das die Mitgliederbefragung gewonnen hat, die Mehrheit auf dem Bundesparteitag verfehlen. Diese Überlegung mag ein Grund dafür sein, dass die sehr basisdemokratische AfD (vgl. Höhne 2021) bisher keine Mitgliederbefragungen zu ihrer Doppelspitze im Bundesvorsitz durchgeführt hat.

3.3 Diskussion der Ergebnisse

Mit Blick auf die im theoretischen Teil gegenübergestellten Modelle innerparteilicher Demokratie (siehe Abschnitt 2) sind die Mitgliederbefragung der wettbewerbsorientierten Variante auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Regionalkonferenz sowie die Delegiertenversammlung der konsensorientierten Variante zuzuordnen. Die Mitgliederbefragung ist ein Entscheidungsgremium in der Letztentscheidungsarena, das auf eine Entscheidungsvorbereitung angewiesen ist. Dazu dienen Regionalkonferenzen, die die deliberative Meinungsbildung in der Vorentscheidungsarena ermöglichen. Die Delegiertenversammlung hingegen ist ein Ratifizierungsgremium, deren Funktion darin liegt, Entscheidungen formal zu legitimieren, was den Anschein des Durchwinkens erwecken kann. Ihr können entweder elitäre Aushandlungsprozesse oder aber eine Mitgliederbefragung vorausgehen. Im Sinne der Parteikohäsion gilt es bei ersteren, Vorstellungen der Delegierten und Mehrheitsverhältnisse auf

dem Parteitag zu antizipieren und bei letzteren, sich dem per Mehrheitsentscheid artikulierten Delegiertenwillen zu beugen.

Mitgliederbefragungen sind das wichtigste Element der Demokratisierung von innerparteilicher Demokratie. Auch Regionalkonferenzen, die auf der Dezentralisierungsdimension anzusiedeln sind, haben Demokratisierungspotenzial. Beide erhöhen die Inklusion der Parteimitglieder in den Entscheidungsprozess, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Beide schaffen Transparenz, zum einen beim Verfahren zur Besetzung der Parteispitze, zum anderen beim persönlichen Profil der Antretenden sowie ihrer programmatischen und sonstigen Ziele für die eigene Partei. Während Mitgliederbefragungen unmittelbare Entscheidungsgewalt zu eigen ist, können Regionalkonferenzen parteiinterne Stimmungen sichtbar machen, sie sogar beeinflussen und damit einen mittelbaren Effekt auf das personelle Ergebnis am Ende zeitigen.

Mit Blick auf die internationale Parteienforschung ist Zurückhaltung geboten, das Abhalten von Mitgliederbefragungen und Regionalkonferenzen ohne Weiteres mit Demokratisierung gleichzusetzen (vgl. Hopkin 2001; Katz/Mair 1995). Mitgliederbefragungen und Regionalkonferenzen können auch als Versuch der Führungen der Bundespartei gedeutet werden, eigenen Einfluss im demokratisierten Auswahlprozess aufrechtzuerhalten. Beide Elemente umgehen die innerparteiliche Mehrebenenhierarchie und Meinungsbildung über das Delegiertenprinzip. Es kann ein kommunikatives Austauschverhältnis mit der Parteibasis jenseits der etablierten Kanäle über den parteiorganisatorischen Mittelbau hinweg entstehen. Jedoch müssen strategische Kalkulationen von Parteioberen beim Ausbau innerparteilicher Demokratie deren Bedeutung nicht unterminieren. Hedwig Richter (2020) zeigt in ihrer zeithistorischen Forschung zur Genese von Parlamentswahlen, dass Demokratisierung – insbesondere die Ausweitung des Kreises der Wahlberechtigten – keineswegs ausschließlich von der Gesellschaft ausging, sondern auch von politischen Eliten angestoßen wurde, um eigene Interessen zu befördern.

Unabhängig vom jeweiligen Inklusionsgrad der Entscheidungsfindung, der bei den sieben untersuchten Vorsitzendenwahlen wie gezeigt zwischen zwei Typen changierte (Mitgliederbefragung versus Delegiertenversammlung), sind Selbstbewerbungen häufiger geworden. Dies war insofern überraschend, dass sich die daraus resultierende Wettbewerbssituation auch auf Delegiertenparteitagen herausbildete, wo sie anders als bei Mitgliederbefragungen als eher unwahrscheinlich gelten kann. Diese mehrschichtige Demokratisierungserscheinung auf der Auswahldimension hat positive Implikationen unter Demokratisierungsgesichtspunkten auf der Nachfragedimension, die sich folgendermaßen ausdifferenzieren lassen: Erstens wird der Einfluss der höheren Parteieliten beim Ausarbeiten des Personalvorschlags und zweitens das Selbstrekutierungspotenzial amtierender Vorsitzender geschwächt. In der Vergangenheit wurde mit der Entscheidung eines exklusiven innerparteilichen Führungszirkels oder einer Einzelperson an der Parteispitze zumeist die eigentliche Wahl durch die Delegierten

vorweggenommen. Drittens bedeuten Selbstbewerbungen als Default-Option im Wahlprozess, dass eine Auswahl zwischen mehreren personellen Alternativen getroffen werden kann.

Der Vergleich der länger zurückliegenden Wahlen mit den jüngeren Wahlen hat gezeigt, dass die Zahl der für den Vorsitz angetretenen Personen zugenommen hat. Zugleich sind die Wahlen kompetitiver geworden. Dass sich mehr als eine Person zur Wahl stellt, war früher sehr selten. Im historischen Analysezeitraum war dies nur bei der SPD der Fall, nämlich 1993 und 1995. Sowohl für die meisten eher exklusiven Delegiertenversammlungen (CDU/1,2 und SPD/2) als auch für die beiden eher inklusiven Mitgliederbefragungen (CDU/3 und SPD/3) konnte vorab nicht prognostiziert werden, wer den Sieg erringen würde. Diese Offenheit der Verfahren zeugt davon, dass die innerparteiliche Demokratie in CDU und SPD, traditionell konsensorientiert ausgerichtet, zunehmend wettbewerbsartige Züge trägt.

1 Der SPD-Bundesparteitag hat 600 Delegierte, die von den Bezirken oder Unterbezirken gewählt werden. Jeder Bezirk kann mindestens zwei Delegierte stellen (siehe Organisationsstatut der SPD, §15/1). Der Bundesparteitag der CDU hat insgesamt 1.000 Delegierte, die von Kreis-, Bezirks- oder Landesparteitagen gewählt werden. Die Anzahl der Delegierten pro Landesverband setzt sich zu 80 Prozent aus der Mitgliedschaft und zu 20 Prozent aus dessen Zweitstimmenergebnis bei der letzten Bundestagwahl zusammen. Die vom Bundesvorstand anerkannten Auslandsverbände entsenden ungeachtet ihrer Mitgliederzahl jeweils einen Delegierten zum Bundesparteitag (siehe Statut der CDU, §28/1 und 2). Die Delegiertenzahlen der anderen Parteien sind: AfD: 600 (Bundessatzung der AfD, §11/3), CSU: 767 (Satzung der CSU, §18/4, §21/2), FDP: 662 (Bundessatzung der FDP, §13/2), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 820 (Satzung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, §13/1).

2 <https://www.spd.de/aktuelles/das-sind-die-finalisten>, Zugriff am 21. April 2023.

3 Ein aktuelles Beispiel für eine Differenz zwischen den Resultaten verschiedener Entscheidungsarenen, die miteinander verbunden sind, bietet die turbulente Wahl des neuen Regierenden Bürgermeisters von Berlin Ende April 2023, auch wenn sie über den Organisationsrahmen Partei hinausweist und von daher nicht eins zu eins auf Parteivorsitzendenwahlen übertragbar ist. Da dessen Wahl im Landesparlament – wie in Deutschland üblich – geheim vonstattenging, können nur Mutmaßungen über das Abstimmungsverhalten angestellt werden. Dennoch gibt es Anhaltspunkte, dass sich nicht jedes SPD-Mitglied im Abgeordnetenhaus an das zuvor abgehaltene Mitgliedervotum, das eine gespaltene Landes-SPD offenbarte, gebunden sah und sowohl beim ersten als auch zweiten Wahlgang Kai Wegner seine Stimme verweigerte. Jener konnte deshalb erst im dritten Wahlgang gewählt werden.

4 Effekte innerparteilicher Demokratisierung

4.1 Außenseiterimage als neuer Trumpf?

Zu Beginn des Jahres 2017 wurde Martin Schulz neuer Vorsitzender der SPD (SPD/1). Da seine Wahl einer „Krönungsmesse“ nach altbekanntem Muster glich (siehe dazu Abschnitt 3.1), konnte sie anhand der hier herangezogenen Analyse Kriterien nicht als Teil der Demokratisierung innerparteilicher Demokratie eingeordnet werden. Das Besondere seiner Wahl lag an anderer Stelle, nämlich bei seinem (konstruiertem) Außenseiterimage. Schulz markierte den Anfang einer Entwicklung in den Parteien, bei der sich Personen, die ihren Hut für das Amt der beziehungsweise des Parteivorsitzenden in den Ring werfen, den Anschein geben, nicht dem Parteiestablishment anzugehören. Diese Strategie kann populistische Züge tragen. Schließlich bestehe nach populistischer Ideologie ein Antagonismus zwischen den etablierten politischen Kräften und dem (homogenen) Volk. Nur der Populismus könne das von der Politik vermeintlich entkoppelte Volk wieder mit dem Staat versöhnen (vgl. Lewandowsky 2022). Womöglich halten eliten-skeptische beziehungsweise populistische Einstellungen (vgl. Landwehr/Faas/Harms 2017) dadurch auch in den nicht-populistischen Parteien Einzug.

Konkret fußte die Selbstdarstellung von Martin Schulz für den SPD-Vorsitz auf zwei Bausteinen: Auf der einen Seite präsentierte er sich als politischer Außenseiter. Zupass kam ihm dabei seine Zugehörigkeit zum Europäischen Parlament, das in der innerparteilichen Wahrnehmung eine eher randständige Position einnimmt (vgl. Höhne 2013: 180 f.). In den Vordergrund stellte er sein nicht-professionelles Politikengagement als ehrenamtlicher Bürgermeister der kleinen Stadt Würselen in Nordrhein-Westfalen, das allerdings schon Jahrzehnte hinter ihm lag. Auf der anderen Seite betonte er seinen politikfernen Beruf

als Buchhändler, für den er einst während seiner Lehre ausgebildet wurde. Tatsächlich war er bei seiner Wahl als SPD-Vorsitzender ein langgedienter Vollblutparteilicher und daher alles andere als ein Politikaußenseiter: Bereits 1994 wurde er als Europaabgeordneter gewählt. Von 2012 bis 2017 war er sogar Präsident des Europäischen Parlaments. Dem SPD-Präsidium gehörte er bereits seit 1999 als (nicht-gewähltes) Ex-officio-Mitglied an.

Weiter oben wurde im Rahmen der Ausführungen zur Demokratisierung innerparteilicher Demokratie ein Bedeutungsaufschwung von Selbstkandidaturen herausgearbeitet (siehe Abschnitt 3). Diese Kandidaturen haben das Potenzial, die Nachfrage- und Auswahldimension inklusiver auszugestalten. Offenbar haben sich für Personen, die ein Außenseiterimage gegenüber dem Parteiestablishment aufbauen, die Eintrittsbarrieren im Auswahlprozess verringert. Zudem verbreitern Selbstkandidaturen das Spektrum der zur Wahl stehenden Personen in quantitativer und qualitativer Hinsicht.

Die Zunahme von Selbstkandidaturen bedeutete in der empirischen Betrachtung zugleich einen Anstieg des Aufkommens an Personen mit Außenseiterimage. Für Schulz war die Selbstnominierung noch nicht kennzeichnend. Sie setzte aber alsbald nach seinem Abgang ein, sowohl in SPD als auch CDU. Vollständig in das Muster der Selbstrekruitierungen mit Außenseiterimage reihte sich das personelle Profil der ersten Doppelspitze in der SPD-Geschichte ein (SPD/3). In den Medien wurde Saskia Esken als Hinterbänklerin und Norbert Walter-Borjans, der bereits aus der Politik ausgeschieden war, als „politischer Rentner“ bezeichnet (vgl. Plagmann 2019). In der CDU präsentierte sich Friedrich Merz bei seinen drei Kandidaturen als erfolgreicher Geschäftsmann, der sich vor mehr als einem Jahrzehnt aus der Politik zurückgezogen hatte (CDU/1,2,3).

4.2 Mobilisierung von Öffentlichkeit und Mitgliedschaft?

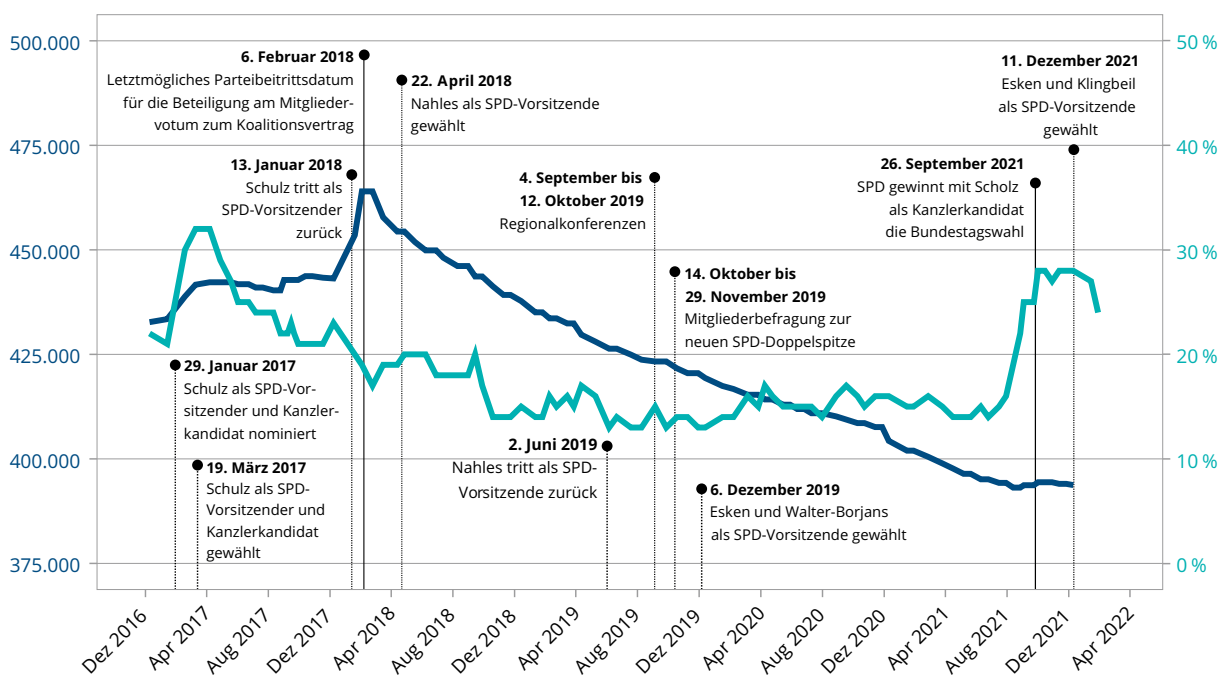
Martin Schulz' Wahl (SPD/1) stimulierte ein „Partei-erwachen“, wie es in der akademischen Literatur zur Wahl von Parteivorsitzenden beschrieben wird (vgl. Sandri/Seddone/Venturino 2015; Pedersen/Schumacher 2015). Sein sorgfältig konstruiertes Image als politikferner „Underdog“ trug zu einer in der Bundesrepublik Deutschland bis dato nicht bekannten Mobilisierung innerhalb des SPD-Vorfelds bei. Medien sprachen vom „Schulz-Zug“ oder „Schulz-Hype“ (Michels/Borucki 2021: 138). Allerdings war dieser Effekt nicht auf die Demokratisierung der innerparteilichen Demokratie zurückzuführen.

Was war geschehen? Unmittelbar vor der Schulz-Wahl erfuhr die SPD in Meinungsumfragen einen beinahe schwindelerregenden Aufschwung: Ausgehend von 21 Prozent im Januar 2017 lag sie im März 2017 bei 32 Prozent. Eine Zustimmung von fast einem Drittel hat sie bis heute nicht wieder

erlangen können (siehe Abbildung 3). Schon bald geriet der Schulz-Zug ins Schlingern. Noch am 19. März 2017 war Schulz mit 100 Prozent der gültigen Stimmen zum SPD-Vorsitzenden und -Kanzlerkandidaten gewählt worden. Mit den Wahlverlusten bei der Saarlandwahl Ende März 2017 – die SPD hatte ihr Ergebnis um einen Punkt auf 29,6 Prozent verschlechtert – sank der demoskopische Rückhalt der SPD in der Bevölkerung bereits wieder. Von allen nachfolgenden Wahlen zum Parteivorsitz in der SPD ging kein ähnlicher demoskopischer Effekt wie bei Schulz aus (siehe Abbildung 3).

Auch der Mitgliederzuwachs der SPD seit Anfang 2017 kehrte sich schon bald in eine Phase der Stagnation um (siehe Abbildung 3). Im Zuge der Schulz-Euphorie konnte die SPD noch rund 25.000 neue Mitglieder begrüßen (siehe Abbildung 3). Dies war der erste von insgesamt zwei personalen Zuwächsen größeren Ausmaßes seit 1990. Der zweite Mitgliederzuwachs folgte Ende 2017 im Rahmen des Mitgliedervotums zur Fortsetzung

Abbildung 3: Demoskopische Zustimmung und Mitgliederentwicklung der SPD, 2016 bis 2022



Anmerkungen und Quellen: eigene Darstellung; — die türkise Linie zeigt die Zustimmung zur SPD bei den repräsentativen Sonntagsumfragen der Forschungsgruppe Wahlen (2022) im Auftrag des ZDF-Politbarometers (Skala auf der rechten Achse), N = zwischen 1.000 und 1.700 Befragten; — die blaue Linie stellt die monatlichen Mitgliederzahlen dar, wie sie von der SPD-Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt wurden (Skala auf der linken Achse)

beziehungsweise zum Ausstieg aus der innerparteilich umstrittenen Großen Koalition. Ein weiterer signifikanter Zustrom fand nicht statt, auch nicht im unmittelbaren zeitlichen Vorfeld der Mitgliederbefragung ab Mitte Oktober 2019 zum neuen Führungsteam, die Esken und Walter-Borjans für sich entschieden (SPD/3). Vielmehr setzte sich seit Anfang 2019 die altbekannte Mitgliederschmelze (vgl. Wiesendahl/Höhne/Cordes 2018) unterhalb des Ausgangsniveaus der Zeit vor Schulz fort.

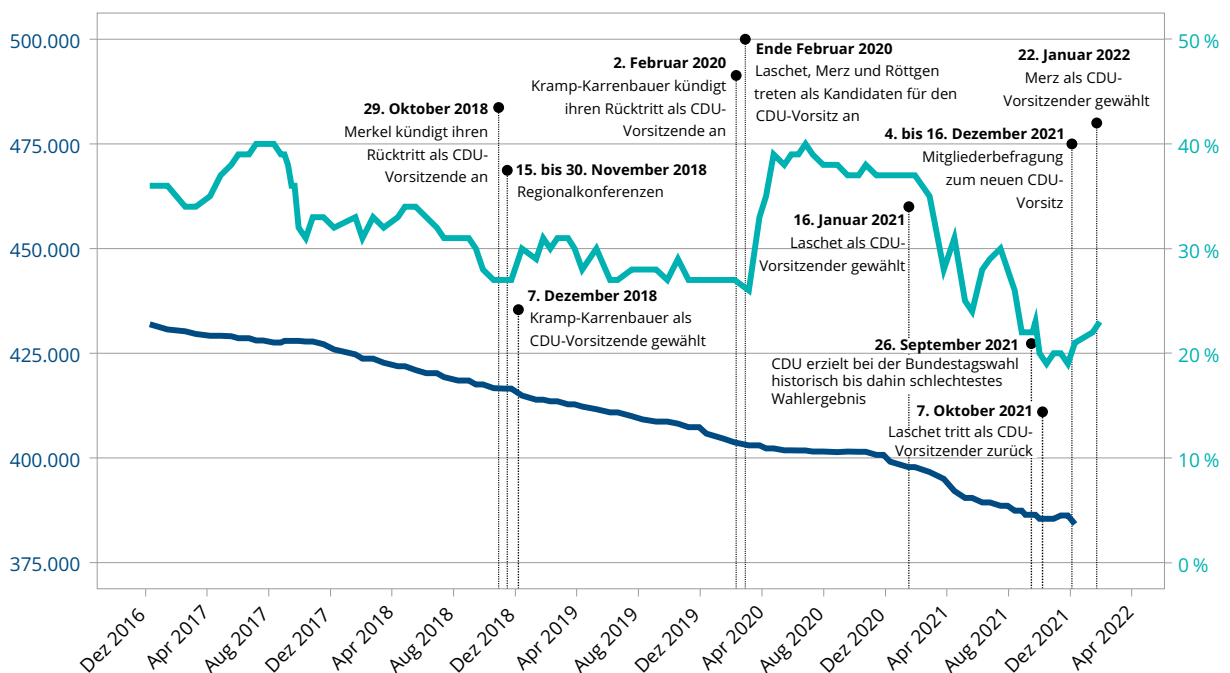
Beim Fallbeispiel CDU scheinen die demoskopische Zustimmung sowie die Mitgliederentwicklung gänzlich von den hier untersuchten Wahlen zum Parteivorsitz entkoppelt zu sein (siehe Abbildung 4). Auf- und Abwärtsbewegungen bei der sogenannten Sonntagsfrage, die ad hoc die Zustimmung zu den im Bundestag vertretenen Parteien misst, folgen anderen Ereignissen, insbesondere Wahlen. Beispielsweise musste die CDU bei der Landtagswahl in Hessen im Oktober 2018 einen schmerzhaften Verlust von 11,3 Prozentpunkten hinnehmen, woraufhin Angela Merkel ihren Rücktritt als Parteivorsitzende angekündigte.

4.3 Befriedung innerparteilicher Konflikte?

Die beiden jüngsten Mitgliederbefragungen (CDU/3 und SPD/3) wurden durch Parteiliten auf den Weg gebracht, entweder durch mittlere Parteiliten, wie bei der CDU auf einer Kreisvorsitzendenkonferenz, oder von höheren Parteiliten, wie bei der SPD durch den Bundesvorstand. Beide Parteien haben somit gemein, dass ihre Demokratisierungsprozesse nicht von der Mitgliederbasis in Form eines Graswurzelprozesses ausgingen. Sie unterstreichen das oben diskutierte Verständnis einer Mitgliederbefragung als Instrument der (höheren oder mittleren) Parteilite zur Mitgestaltung innerparteilicher Willensbildung. Dementsprechend kann die Einführung der Mitgliederbefragung in beiden Parteien weniger auf einen normativen Selbstzweck zurückgeführt, sondern mehr als Teil deren Krisenmanagements verstanden werden.

Die untersuchten Fälle von CDU und SPD lassen sich als verallgemeinerbarer Hinweis darauf

Abbildung 4: Demoskopische Zustimmung und Mitgliederentwicklung der CDU, 2016 bis 2022



Anmerkungen und Quellen: eigene Darstellung; — die türkise Linie zeigt die Zustimmung zur CDU bei den repräsentativen Sonntagsumfragen der Forschungsgruppe Wahlen (2022) im Auftrag des ZDF-Politbarometers (Skala auf der rechten Achse), N = zwischen 1.000 und 1.700 Befragten; — die blaue Linie stellt die monatlichen Mitgliederzahlen dar, wie sie von der CDU-Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt wurden (Skala auf der linken Achse)

lesen, dass die Demokratisierung innerparteilicher Demokratie vor allem dann stattfindet, wenn die Entscheidungsnot der Parteien groß ist. Beide Mitgliederbefragungen (CDU/3 und SPD/3) wurden vor dem Hintergrund schon länger schwelender innerparteilicher Konflikte abgehalten (vgl. Decker 2018; Oppelland 2020). Während in der CDU in erster Linie ein vertikaler Gegensatz zwischen dem Parteiestablishment und der -basis ausgemacht werden konnte, schwelte der Konflikt in der SPD stärker auf horizontaler Ebene, das heißt zwischen dem linken und rechten Flügel.⁴ Beide Mitgliederbefragungen führten zu personellen Resultaten, die sicherlich nicht allen aus dem Berliner Parteiestablishment gefielen, aber augenscheinlich mit ihnen das Potenzial verbunden wurde, die Parteiorganisation zu befrieden.

Bei der SPD-Mitgliederbefragung (SPD/3) drehte sich viel um die Fortsetzung oder das Ende der vor allem im linken Flügel unbeliebten Regierungskonstellation der Großen Koalition, zu der in der jüngeren Vergangenheit bereits zwei Mitgliedervoten abgehalten worden waren. Die Sozialdemokraten waren mehr oder minder in zwei Flügel gespalten: Der linke Flügel wollte aus der Großen Koalition eher aussteigen, der rechte unterstützte sie. Nur mit Mühe hatten sich die SPD-Mitglieder in einer Befragung zu einer Neuauflage der Großen Koalition bewegen lassen, nachdem die Sondierungen für eine Jamaika-Koalition von CDU/CSU und Bündnisgrünen im November 2017 gescheitert waren. Nach dem Abgang von zuerst Schulz und danach Nahles herrschte große innerparteiliche Verunsicherung vor, sodass sich die dreiköpfige Interimsführung für eine Mitgliederbefragung einsetzte. Anders als bei der CDU-Mitgliederbefragung fand sich jedoch nicht schon im ersten Wahlgang eine Mehrheit für einen der Personalvorschläge. Dies lag auch daran, dass das Kandidatenfeld ausdifferenzierter als bei der CDU war, bei der neben der Hauptwettbewerbsachse immer nur ein einzelner weiterer Kandidat auf die Position des „lachenden Dritten“ abgezielt hatte.

Mit der CDU-Mitgliederbefragung (CDU/3) wurde der vorläufige Schlusspunkt nach einem längeren Ringen über die Fortsetzung des Mitte-bezogene Modernisierungskurses von Angela

Merkel versus eine konservative Wende gesetzt. Bei allen drei Wahlen zum Parteivorsitz verortete sich immer eine Person auf der Linie von Merks Mittelkurs. Dies war zuerst Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU/1). Ihr folgte Armin Laschet (CDU/2) und schließlich Helge Braun (CDU/3). Bei allen drei Wahlen präsentierte sich Friedrich Merz als konservativer Außenseiter aus der Wirtschaft, der für den bisherigen Kurs seiner Partei, den er kritisierte, keine Mitverantwortung tragen konnte. *DER SPIEGEL*, die *Süddeutsche Zeitung* und weitere Medien bezeichneten ihn deshalb als „Anti-Merkel“. Auf den beiden Delegiertenparteitagen Ende 2018 und Anfang 2021 konnte er sich mit seinem Profil nicht durchsetzen. Erfolgreich war er schließlich beim dritten Anlauf Ende 2021 in der Mitgliederbefragung. Nachdem Merz auf den beiden Bundesparteitagen jeweils nur knapp unterlag, sollten eine klare und breit legitimierte Entscheidung gefällt und damit die Reihen der CDU nach der verlorenen Bundestagswahl 2021 wieder geschlossen werden. Eine absolute Mehrheit der Mitglieder stimmte, wie gezeigt, gleich im ersten Wahlgang für Merz.

Die mutmaßliche Rechnung zur innerparteilichen Befriedung durch eine Mitgliederbefragung sollte in beiden Parteien aufgehen. Die SPD bewegte sich nach den unglücklichen Amtszeiten von Martin Schulz und Andrea Nahles mit der Wahl von Saskia Esken/Norbert Walter-Borjans in ruhigere Fahrwasser. Offenbar brauchte es eine linke Parteispitze, die die traditionell als links geltenden Jusos hinter sich wusste, um Kritik an der Großen Koalition zu kanalisieren. Das neue Führungst tandem der SPD, das mit Skepsis gegenüber der Großen Koalition angetreten war, konnte sich auf eine breite innerparteiliche Legitimation stützen. Auf dieser Basis hielt es die SPD bis zum Ende der Legislaturperiode 2021 in der Großen Koalition und verschaffte ihr zugleich Luft für linke Akzentsetzungen im Bundestagswahlkampf.

In der CDU beruhigte sich ebenfalls die innerparteiliche Stimmung im Anschluss an die basisdemokratische Wahl des neuen Parteivorsitzenden durch die Mitglieder. Ähnlich wie bei der SPD mussten zwei Parteiführungen scheitern, bevor man sich zum Abhalten einer Mitgliederbefragung

entschied. Wahrscheinlich hat dabei auch das Beispiel der SPD Schule gemacht, die nach ihrer Mitgliederbefragung die Bundestagswahl 2021 gewann (vgl. Turner/Vampa/Scantamburlo 2022). Dagegen musste die CDU bei jener Bundestagswahl einen doppelten Schock verkraften. Sie sah sich mit dem schmerzhaften Verlust von Stimmen und der Kanzlerschaft konfrontiert. Vor diesem Hintergrund wurde ihre Mitgliederbefragung eingeleitet, die endlich den schwelenden Konflikt zwischen der eher als konservativ wahrgenommenen Parteibasis und dem modernisierungsfreundlichen Parteiestablishment in Berlin, das Angela Merkel fast 18 Jahre als CDU-Vorsitzende geprägt hatte, beenden sollte.

Mit Blick auf die weiter oben diskutierte Literatur (siehe Abschnitt 2.1) sei, um diesen Abschnitt abzuschließen, darauf verwiesen, dass Mitgliederbefragungen im Rahmen der Parteivorsitzendenwahl unter Umständen innerparteiliche Konflikte verstärken und die Kohäsion gefährden können. Auch ist nicht ausgemacht, inwieweit

eine Mitgliederbefragung das Spitzenpersonal hervorbringt, hinter dem sich die gesamte Partei längerfristig versammeln kann. Mit der Einführung direktdemokratischer Elemente anstelle des Delegiertenprinzips verändern sich die Einflusschancen der Binnengliederungen der Parteien, die innerhalb oligarchischer Mehrebenenorganisationen Machtzentren darstellen (vgl. grundlegend Michels 1907 und aktuell Wiesendahl 2022). Bei den analysierten Mitgliederbefragungen (CDU/3 und SPD/3) wurde, wie gezeigt, eine Abgabe von Macht der oberen Partieliten an die Parteibasis festgestellt – sowohl beim Bilden des Personalvorschlags als auch bei der eigentlichen Wahl. Dadurch gewannen parteiinterne Gruppen mit Mobilisierungsfähigkeit an Einfluss. Die Jugendorganisationen von CDU und SPD warfen ihr innerparteiliches Gewicht in die Waagschale. Angesichts dessen wurde der damalige Vorsitzende der Jusos, Kevin Kühnert, in den Medien als heimlicher Anführer seiner Partei bezeichnet (vgl. Neubacher 2021).

4 Zugleich gab es auch innerhalb der CDU eine mit der vertikalen Konfliktdimension überlappende horizontale Konfliktdimension. Diese lässt sich als Gegensatz zwischen

konservativ und modern verstehen und findet an den Enden eine organisatorische Zuspitzung zwischen der Werte- und der Klima-Union.

5 Fazit: Dynamiken bei der innerparteilichen Herstellung von Repräsentation an der Spitze von Parteien

Diese Studie hat innerparteiliche Veränderungen bei der Wahl der Bundesvorsitzenden in CDU und SPD durch einen Vergleich der früheren Wahlen (zwischen 1990 und 2016) und der aktuellen Wahlen (seit 2017) analysiert. Es konnte gezeigt werden, dass CDU und SPD in der jüngeren Vergangenheit Entscheidungsprozesse partiell demokratisiert haben. Diese Veränderungen werden als experimentelle Demokratisierung verstanden, die in einen internationalen Demokratisierungstrend eingeordnet werden können (vgl. Kenig 2009b; Cross/Pilet 2015). Auf Basis eingangs vorgenommener theoretischer Überlegungen wurde eine nachlassende Prägekraft des Modells der konsensorientierten innerparteilichen Demokratie, wie es für das erste gesamtdeutsche Vierteljahrhundert als vorherrschendes Muster herausgearbeitet wurde, und eine Bedeutungszunahme des mehrheitsorientierten innerparteilichen Demokratiemodells ausgemacht. Anstelle von „Krönungsmessen“ im Rahmen von Delegiertenparteitagen fanden teils partizipative Mitgliederbefragungen statt, in deren Vorfeld deliberative Regionalkonferenzen stattfinden konnten. Auch wenn bloß eine Delegiertenversammlung abgehalten wurde, bestand zumeist eine Auswahl zwischen mehreren Personen.

Die Elemente der Demokratisierung waren erstens eine Dezentralisierung durch zwei Regionalkonferenzen (CDU/1, SPD/3). Dazu gehörte auch ein dezentraler Verfahrensanstoß für das Abhalten einer Mitgliederbefragung seitens einer CDU-Kreisvorsitzendenkonferenz (CDU/3). Zweitens konnte die Zunahme der Mitgliederinklusion durch zwei faktisch entscheidende Mitgliederbefragungen festgestellt werden (CDU/3, SPD/3). In geringerem Umfang hat sich die Inklusion der Mitglieder auch durch die Regionalkonferenzen erhöht. Drittens – begünstigt durch die

Dezentralisierung und Inklusionszunahme – haben mehrere Personen ihren Hut in den Ring geworfen, was früher sehr selten war (CDU/1,2,3 und SPD/2,3). Zudem wurden viele Auswahlentscheidungen mit sehr knappen Ergebnissen getroffen, sodass tatsächlich eine offene Wettbewerbssituation vorgelegen haben muss.

Zwischen den verschiedenen Demokratisierungselementen treten Wechselwirkungen auf, insbesondere zwischen der Nachfrage- und der Selektionsdimension. Besteht keine Auswahlmöglichkeit zwischen mindestens zwei Personen, muss auch kein inklusives Entscheidungsgremium wie eine Mitgliederbefragung geschaffen werden. Umgekehrt kann erst das Abhalten einer Mitgliederbefragung dazu führen, dass mehrere Personen ihren Hut in den Ring werfen, weil sie sich durch ein offeneres Verfahren überhaupt erst eine Chance für ihre Kandidatur auf den Parteivorsitz ausmalen.

Warum ist die herausgearbeitete Demokratisierung von CDU und SPD als experimentell einzuordnen? Erstens entfaltete sie sich nicht bei jedem der sieben untersuchten Entscheidungsprozesse in all ihren Dimensionen. Sie konnte sogar gänzlich ausbleiben, wofür die jüngste Wahl zum SPD-Vorsitz im Jahr 2021 ein Beispiel darstellt (vgl. Helms 2022). Jene „Wahl“, bei der keine Auswahlmöglichkeit bestand, gliedert dem traditionellen Entscheidungsverfahren nach dem Modell der konsensorientierten innerparteilichen Demokratie. Zweitens wurden die partizipationsanregenden Formate der deliberativen Regionalkonferenzen und (in formaler Hinsicht) konsultativen Mitgliederbefragungen nicht als feste Routinen in den jeweiligen Satzungen verankert. Drittens musste nach Vorgabe des Parteiengesetzes weiterhin ein Parteitag abgehalten werden, der die neue

Parteispitze formal wählt. Beide Parteien befinden sich in einem Prozess des organisatorischen Lernens. Der Ausgang ist offen, wenngleich einmal eingeführte Verfahren, die zudem noch als erfolgreich bewertet werden können, aus dem Partizipationsrepertoire nicht mehr wegzudenken sind.

Abschließend soll die Demokratisierung der innerparteilichen Demokratie in einem breiteren Rahmen ausblickend eingeordnet werden. Einerseits bergen die vorgefundenen Veränderungen das Potenzial für eine Revitalisierung der innerparteilichen Demokratie beziehungsweise sogar der Parteien. Auch wenn das Abhalten inklusiver Entscheidungsverfahren taktisch motiviert sein kann, tragen sie doch auch veränderten Partizipationsbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung. Mehr Mitglieder von CDU und SPD konnten sich in den vergangenen Jahren häufiger auf verschiedenen Arenen an den wichtigsten Personalentscheidungen ihrer Partei beteiligen. Bei der SPD kamen neben der Mitgliederbefragung zur neuen Doppelspitze auch zwei Mitgliederbefragungen zu geplanten Koalitionen mit der CDU hinzu. Beide Parteien haben versucht, mit einem neuen beziehungsweise bisher nur sehr selten angewendeten Auswahlverfahren die Spitze zu finden, hinter der sich die Mitgliedschaft (wieder) vereinen kann. Mobilisierungseffekte bei demoskopischen Befragungen und durch Neubeiitte und einen Rückgang der Austritte waren jedoch nur punktuell (SPD/1) oder zumeist gar nicht zu beobachten. Mit Blick auf die SPD kann die nachlassende

Beteiligungsquote bei der jüngsten Mitgliederbefragung (SPD/3) als Hinweis gelesen werden, dass sehr inklusive Beteiligungsformen bei häufiger Anwendung womöglich zu partizipativen Ermüdungserscheinungen beitragen können.

Andererseits kann die Demokratisierung innerparteilicher Demokratie auch Effekte beinhalten, die nicht intendiert waren. Innerparteiliche Machtverhältnisse können sich verschieben. Die Ergebnisse der Mitgliederbefragungen waren aus Sicht der Bundesgeschäftsstellen der Parteien entweder schlechter kalkulierbar (SPD/3) oder besser kalkulierbar (CDU/3). Beide Parteien haben mit dem Outcome des Demokratisierungsprozesses womöglich eine Entwicklung befördert, bei der die klassische Parteifunktionärskarriere als maßgebliche Rekrutierungsbedingung ins Hintertreffen geraten könnte. Hat sich damit eine Tür für neues politisches Spitzenpersonal anderer Couleur mit Outsider-Nimbus geöffnet? Neue Pfade werden in der Literatur mit den Begriffen der „politischen Entrepreneurisierung“ und „politischen De-Professionalisierung“ diskutiert (vgl. bspw. Wiesendahl/Adorf 2022; Linden 2023). Diese möglichen Entwicklungen gilt es zukünftig genauer zu erforschen. Dabei ist auch auf destruktive Gefahren für die deutsche Parteiendemokratie hinzuweisen, wenn Kandidierende einen populistischen Gegensatz zwischen dem Volk und den Eliten konstruieren, der keinen Platz für den Parteienpluralismus lässt.

6 Literaturverzeichnis

- Alexander, Robin (2022): *Machtverfall: Merkels Ende und das Drama der deutschen Politik*. Ein Report, München.
- Alexandre-Collier, Agnès/Avril, Emmanuelle (2021): The Use of Primaries for the Selection of Party Leaders in the UK Conservative and Labour Parties. Formal Rules and Ideological Congruence, in: Giulia Sandri und Antonella Seddone (Hrsg.): *New Paths for Selecting Political Elites Investigating the Impact of Inclusive Candidate and Party Leader Selection Methods*, London/New York, S. 160–179.
- Amann, Melanie/Neukirch, Ralf (2018): Angela Merkel will Annegret Kramp-Karrenbauer als Nachfolgerin aufbauen, in: *Der Spiegel*, 26. Januar 2018, www.spiegel.de/spiegel/angela-merkel-will-annegret-kramp-karrenbauer-als-nachfolgerin-aufbauen-a-1189954.html (Zugriff am 20. April 2023).
- Astudillo, Javier/Detterbeck, Klaus (2020): Why, sometimes, primaries? Intraparty democratization as a default selection mechanism in German and Spanish mainstream parties, in: *Party Politics*, 26. Jg., H. 5, S. 594–604.
- Aylott, Nicholas/Bolin, Niklas (2016): Managed intra-party democracy: Precursory delegation and party leader selection, in: *Party Politics*, 23. Jg., H. 1, S. 55–65.
- Aylott, Nicholas/Bolin, Niklas (2021): *Managing Leader Selection in European Political Parties*, Cham.
- Barnea, Shlomit/Rahat, Gideon (2007): Reforming candidate selection methods: a three-level approach, in: *Party Politics*, 13. Jg., H. 3, S. 375–394.
- Best, Volker (2023): I wish I was special, you're so f***ing special. Politische Kommunikation qua Pausenmusik beim CDU-Parteitag?, in: *INDES*, 11. Jg., H. 1, doi.org/10.13109/inde.2023.11.1.121.
- Bieber, Christoph (2014): Online-Partizipation in Parteien. Ein Überblick, in: Kathrin Voss (Hrsg.): *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, Wiesbaden, S. 171–191.
- Biezen, Ingrid van/Poguntke, Thomas (2014): The decline of membership-based politics, in: *Party Politics*, 20. Jg., H. 2, S. 205–216.
- Bolin, Niklas/Aylott, Nicholas/Berge, Benjamin von dem/Poguntke, Thomas (2017): Patterns of Intra-Party Democracy across the World, in: Susan E. Scarrow, Paul D. Webb und Thomas Poguntke (Hrsg.): *Organizing Political Parties. Representation, Participation, and Power*, Oxford, S. 158–184.
- Bolleyer, Nicole (2011): New party organization in Western Europe: Of party hierarchies, stratarchies and federations, in: *Party Politics*, 18. Jg., H. 3, S. 315–336.
- Borucki, Isabelle (2022): Digital wie nie zuvor? Parteitage in der Transformation, in: *Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP)*, Sonderausgabe Parteitage, S. 167–171.

- Bynander, Fredrik/Hart, Paul t' (2006): When Power Changes Hands: The Political Psychology of Leadership Succession in Democracies, in: *Political Psychology*, 27. Jg., H. 5, S. 707–730.
- Campus, Donatella/Switek, Niko/Valbruzzi, Marco (2021): *Collective Leadership and Divided Power in West European Parties*, Cham.
- Carty, R. Kenneth/Blake, Donald E. (1999): The Adoption of Membership Votes for Choosing Party Leaders. The Experience of Canadian Parties, in: *Party Politics*, 5. Jg., H. 2, S. 211–224.
- Chiru, Mihail/Gauja, Anika/Gherghina, Sergiu/Rodríguez-Teruel, Juan (2015): Explaining Change in Party Leadership Selection Rules, in: William P. Cross und Jean-Benoit Pilet (Hrsg.): *The Politics of Party Leadership. A Cross-National Perspective*, Oxford, S. 31-49.
- Clemens, Clay (1994): The Chancellor as Manager. Helmut Kohl, the CDU and Governance in Germany, in: *West European Politics*, 17. Jg., H. 4, S. 28–51.
- Cross, William P./Blais, André (2012): Who selects the party leader?, in: *Party Politics*, 18. Jg., H. 2, S. 127–150.
- Cross, William P./Katz, Richard S. (Hrsg.) (2013): *The Challenges of Intra-Party Democracy*, Oxford.
- Cross, William P./Kenig, Ofer/Pruysers, Scott/Rahat, Gideon (2016): *The Promise and Challenge of Party Primary Elections. A Comparative Perspective*, Montreal.
- Cross, William P./Pilet, Jean-Benoit (2014): The Selection of Party Leaders in Contemporary Parliamentary Democracies, in: Jean-Benoit Pilet und William P. Cross (Hrsg.): *The Selection of Political Party Leaders in Contemporary Parliamentary Democracies. A Comparative Study*, London/ New York, S. 1–11.
- Cross, William P./Pilet, Jean-Benoit (Hrsg.) (2015): *The Politics of Party Leadership. A Cross-National Perspective*, Oxford.
- Cross, William P./Pruysers, Scott (2019): Sore losers? The costs of intra-party democracy, in: *Party Politics*, 25. Jg., H. 4, S. 483–494.
- Dahl, Robert A. (1998): *On Democracy*, New Haven.
- Davis, James W. (1998): *Leadership Selection in Six Western Democracies*, Westport.
- Decker, Frank (2018): Die Lage der SPD im Spiegel der Krise der europäischen Sozialdemokratie, in: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, 65. Jg., H. 3, S. 63–67.
- Denham, Andrew (2013): From coronations to close encounters: Party leadership selection in British politics, in: *British Politics*, 8. Jg., H. 2, S. 164–180.
- Detterbeck, Klaus (2013): The Rare Event of Choice: Party Primaries in German Land Parties, in: *German Politics*, 22. Jg., H. 3, S. 270–287.

Detterbeck, Klaus/Rohlfing, Ingo (2014): Party Leader Selection in Germany, in: Jean-Benoit Pilet und William P. Cross (Hrsg.): The Selection of Political Party Leaders in Contemporary Parliamentary Democracies. A Comparative Study, London/New York, S. 77–92.

Ennsler-Jedenastik, Laurenz/Schumacher, Gijs (2015): Why Some Leaders Die Hard (and Others Don't), in: William P. Cross und Jean-Benoit Pilet (Hrsg.): The Politics of Party Leadership. A Cross-National Perspective, Oxford, S. 107–127.

Forkmann, Daniela/Schlieben, Michael (Hrsg.) (2005): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2005, Wiesbaden.

Forschungsgruppe Wahlen (2022): Politikbarometer – Langzeitentwicklung: Politik I, www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_I/#Projektion (Zugriff am 20. April 2023).

Garland, Jessica (2016): A Wider Range of Friends: Multi-speed Organising during the 2015 Labour Leadership Contest, in: The Political Quarterly, 87. Jg., H. 1, S. 23–30.

Gast, Henrik (2011): Der Bundeskanzler als politischer Führer, Wiesbaden.

Gerl, Katharina/Marschall, Stefan/Wilker, Nadja (2016): Innerparteiliche Demokratie 2.0? Partizipation von Parteimitgliedern im Internet, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 10. Jg., H. 2, S. 115–149.

Greene, Zachary/Haber, Matthias (2016): Leadership Competition and Disagreement at Party National Congresses, in: British Journal of Political Science, 46. Jg., H. 3, S. 611–632.

Gruber, Oliver/Cross, William P./Pruysers, Scott/Bale, Tim (2015): The End of the Affair. A Comparative Study of How Party Leadership Terms End, in: William P. Cross und Jean-Benoit Pilet (Hrsg.): The Politics of Party Leadership. A Cross-National Perspective, Oxford, S. 128–148.

Heinze, Anna-Sophie/Weisskircher, Manès (2021): No Strong Leaders Needed? AfD Party Organisation Between Collective Leadership, Internal Democracy, and “Movement-Party” Strategy, in: Politics and Governance, 9. Jg., H. 4, S. 263–274.

Helms, Ludger (2022): Pathways to the Chancellorship. The Making of Chancellor Scholz in Perspective, in: German Politics and Society, 40. Jg., H. 2, S. 71–89.

Herrmann, Boris/Roßmann, Robert (2021): Es bleibt beim Männer-Trio, in: Süddeutsche Zeitung, 16. November 2021, www.sueddeutsche.de/politik/buder-cdu-vorsitz-1.5466055 (Zugriff am 20. April 2023).

Höhne, Benjamin (2013): Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Organisation, Akteure und Entscheidungen in Parteien, Opladen/Berlin/Toronto.

Höhne, Benjamin (2017): Wie stellen Parteien ihre Parlamentsbewerber auf? Das Personalmanagement vor der Bundestagswahl 2017, in: Carsten Koschmieder (Hrsg.): Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen. Aktuelle Beiträge aus der Parteienforschung, Wiesbaden, S. 227–253.

- Höhne, Benjamin (2020): Leadership selection changes: towards “better” intra-party democracy, but with a “worse” outcome?, in: Yale Conference on Leadership Selection, 9.–10. Januar 2020, New Haven.
- Höhne, Benjamin (2021): How Democracy Works within a Populist Party: Candidate Selection in the Alternative for Germany, in: *Government and Opposition – First View*, S. 1–19, doi.org/10.1017/gov.2021.33.
- Höhne, Benjamin/Koch, Elias (2023): Wie weiter mit der Parteiorganisation der CDU nach Merkel? Eine Analyse der Debatten auf Regionalkonferenzen zum neuen Parteivorsitz, in: *Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP)*, 29. Jg., H. 3, S. 313–342.
- Hopkin, Jonathan (2001): Bringing the members back in? Democratizing candidate selection in Britain and Spain, in: *Party Politics*, 7. Jg., H. 3, S. 343–361.
- Ignazi, Piero (2020): The four knights of intra-party democracy: A rescue for party delegitimation, in: *Party Politics*, 26. Jg., H. 1, S. 9–20.
- Jun, Uwe/Jakobs, Simon (2021): The Selection of Party Leaders in Germany, in: Nicholas Aylott und Niklas Bolin (Hrsg.): *Managing Leader Selection in European Political Parties*, Cham, S. 73–94.
- Kamenova, Valeriya (2021): Internal Democracy in Populist Right Parties: The Process of Party Policy Development in the Alternative for Germany, in: *European Political Science Review*, 13. Jg., H. 4, S. 488–505.
- Katz, Richard S./Mair, Peter (1995): Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: *Party Politics*, 1. Jg., H. 1, S. 5–28.
- Kenig, Ofer (2009a): Classifying Party Leaders’ Selection Methods in Parliamentary Democracies, in: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 19. Jg., H. 4, S. 433–447.
- Kenig, Ofer (2009b): Democratization of party leadership selection. Do wider selectorates produce more competitive contests?, in: *Electoral Studies*, 28. Jg., H. 2, S. 240–247.
- Kenig, Ofer/Rahat, Gideon/Hazan, Reuven Y. (2015): Leadership Selection versus Candidate Selection. Similarities and Differences, in: Giulia Sandri, Antonella Seddone und Fulvio Venturino (Hrsg.): *Party Primaries in Comparative Perspective*, London/New York, S. 21–39.
- Kenig, Ofer/Rahat, Gideon/Tuttnauer, Or (2015): Competitiveness of Party Leadership Selection Processes, in: William P. Cross und Jean-Benoit Pilet (Hrsg.): *The Politics of Party Leadership. A Cross-National Perspective*, Oxford, S. 50–72.
- Küppers, Anne (2021): Effects of Party Primaries in German Regional Party Branches, in: *German Politics*, 30. Jg., H. 2, S. 208–226.
- Landwehr, Claudia/Faas, Thorsten/Harms, Philipp (2017): Bröckelt der Verfahrenskonsens? Einstellungen zu politischen Entscheidungen und demokratischen Entscheidungsverfahren in Zeiten des Populismus, in: *Leviathan*, 45. Jg., H. 1, S. 35–54.

- LeDuc, Lawrence (2001): Democratizing Party Leadership Selection, in: *Party Politics*, 7. Jg., H. 3, S. 323–341.
- Lefebvre, Rémi/Treille, Éric (2017): The introduction of open primaries among Les Républicains and the Parti Socialiste, in: *Revue française de science politique*, 67. Jg., H. 6, S. 1167–1185.
- Lijphart, Arend (1984): *Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*, New Haven.
- Linden, Markus (2023): Hubert Aiwanger und Boris Palmer: Zum Stil des populistischen Politikunternehmers, in: *Dialog Forum. Perspektiven aus der Mitte Europas*, <https://forumdialog.eu/2023/10/26/hubert-aiwanger-und-boris-palmer-zum-stil-des-populistischen-politikunternehmers/> (Zugriff am 27. Oktober 2023).
- Lewandowsky, Marcel (2022): *Populismus. Eine Einführung*, Wiesbaden.
- Lisi, Marco (2010): The democratisation of party leadership selection: The Portuguese experience, in: *Portuguese Journal of Social Science*, 9. Jg., H. 2, S. 127–149.
- Luca, Mariano de/Venturino, Fulvio (2015): Democratising Candidate Selection in Italy and France, in: Giulia Sandri, Antonella Seddone und Fulvio Venturino (Hrsg.): *Party primaries in comparative perspective*, Farnham, Surrey, S. 129–144.
- Marsh, Michael (1993): Introduction: Selecting the party leader, in: *European Journal of Political Research*, 24. Jg., H. 3, S. 229–231.
- Michels, Robert (1907): Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbandsverbande. Eine kritische Untersuchung, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 25. Jg., H. 1, S. 148–231.
- Michels, Dennis/Borucki, Isabelle (2021): Die Organisationsreform der SPD 2017–2019: Jung, weiblich und digital?, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 62. Jg., H. 1, S. 121–148.
- Morlok, Martin/Streit, Thilo (1996): Mitgliederentscheid und Mitgliederbefragung: Rechtsprobleme direkter Demokratie in den politischen Parteien, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 29. Jg., H. 11, S. 447–455.
- Müller, Wolfgang C./Meth-Cohn, Delia (1991): The selection of party chairmen in Austria: A study in intra party decision making, in: *European Journal of Political Research*, 20. Jg., H. 1, S. 39–66.
- Münch, Ursula/Kranenpohl, Uwe/Gast, Henrik (Hrsg.) (2014): *Parteien und Demokratie. Innerparteiliche Demokratie im Wandel*, Baden-Baden.
- Neubacher, Alexander (2021): Sprengkommando Kühnert, in: *Der Spiegel*, 9. Oktober 2021, www.spiegel.de/politik/deutschland/doku-ueber-spd-politiker-sprengkommando-kevin-kuehnert-kolumne-a-f81741d6-e46e-41f7-8191-649bb2bb2011 (Zugriff am 20. April 2023).
- Norris, Pippa/Lovenduski, Joni (1995): *Political Recruitment. Gender, Race and Class in British Parliament*, Cambridge.

- Oppelland, Torsten (2020): Die CDU: Volkspartei am Ende der Ära Merkel, in: Uwe Jun und Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017. Aktuelle Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland, Wiesbaden, S. 43–69.
- Pedersen, Helene Helboe/Schumacher, Gijs (2015): Do Leadership Changes Improve Electoral Performance?, in: William P. Cross und Jean-Benoit Pilet (Hrsg.): The Politics of Party Leadership. A Cross-National Perspective, Oxford, S. 149–164.
- Pilet, Jean-Benoit/Cross, William (Hrsg.) (2014): The Selection of Political Party Leaders in Contemporary Parliamentary Democracies. A Comparative Study, London/New York.
- Plagmann, Sonja (2019): Vom Politikrentner zum SPD-Vorsitzenden: Wer ist Norbert Walter-Borjans?, in: Merkur.de, 26. Oktober 2019, www.merkur.de/politik/norbert-walter-borjans-neuer-spd-vorsitzenden-ehefrau-privat-beruf-kinder-zr-13045420.html (Zugriff am 20. April 2023).
- Rahat, Gideon/Shapira, Assaf (2017): An Intra-Party Democracy Index. Theory, Design and A Demonstration, in: Parliamentary Affairs, 70. Jg., H. 1, S. 84–110.
- Reiser, Marion (2023): The informal rules of candidate selection and their impact on intraparty competition, in: Party Politics, 30. Jg., H. 1, S. 85–95.
- Richter, Hedwig (2020): Demokratie. Eine deutsche Affäre, München.
- Sandri, Giulia/Seddone, Antonella (Hrsg.) (2015): Party Primaries in Comparative Perspective, Farnham.
- Sandri, Giulia/Seddone, Antonella/Venturino, Fulvio (2015): Understanding Leadership Profile Renewal, in: William P. Cross und Jean-Benoit Pilet (Hrsg.): The Politics of Party Leadership. A Cross-National Perspective, Oxford, S. 90–106.
- Scarrow, Susan E. (2021): Intra-Party Democracy and Party Unity: Varied Rules, Varied Consequences, in: Representation – Journal of Representative Democracy, 57. Jg., H. 1, S. 41–57.
- Schindler, Danny/Pyschny, Anastasia/Cordes, Malte (2021): District candidacies for the German Bundestag: what spurs or hampers intra-party competition?, in: The Journal of Legislative Studies, 29. Jg., H. 1, S. 171–188.
- Spier, Tim/Klein, Markus/Alemann, Ulrich/Hoffmann, Hanna/Laux, Annika/Nonnenmacher, Alexandra/Rohrbach, Katharina (Hrsg.) (2011): Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden.
- Switek, Niko (2022): Parteitage und Parteikultur. Die Steuerung- und Kontrollfunktion von Parteitagungen im Kontext unterschiedlicher Parteiorganisationsverständnisse, in: Verfassungsblog, 2022/3/17, <https://verfassungsblog.de/parteitage-und-parteikultur/>, DOI: 10.17176/20220318-001318-0.
- Turner, Ed/Vampa, Davide/Scantamburlo, Matthias (2022): From Zero to Hero. The Rise of Olaf Scholz and the SPD, in: German Politics and Society, 40. Jg., H. 3, S. 127–147.

Wang, Ying (2016): The Pendulum Swings: Experiences from the LDP on Democratizing Party Leadership Selection, in: Japanese Journal of Political Science, 17. Jg., H. 1, S. 106–127.

Wauters, Bram (2014): Democratising Party Leadership Selection in Belgium: Motivations and Decision Makers, in: Political Studies, 62. Jg., H. 1, S. 61–80.

Wiesendahl, Elmar (2022): Parteienforschung. Ein Überblick, Wiesbaden.

Wiesendahl, Elmar/Adorf, Philipp (2022): Unternehmerpopulismus als machtstrategisches Erfolgskonzept, in: Frank Decker, Bernd Henningsen, Marcel Lewandowsky und Philipp Adorf (Hrsg.): Aufstand der Außenseiter: Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus, Baden-Baden, S. 85–100.

Wiesendahl, Elmar/Höhne, Benjamin/Cordes, Malte (2018): Mitgliederparteien – Niedergang ohne Ende? in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg., H. 2, S. 304–324.

Der Autor

Dr. Benjamin Höhne vertritt seit April 2024 die Professor für Europäische Regierungssysteme im Vergleich an der Technischen Universität Chemnitz. Im Sommersemester 2023 war er Vertretungsprofessor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Münster. 2022 forschte er als DAAD/AGI Research Fellow an der Johns Hopkins University in Washington, DC. Seine Dissertation über die Rekrutierung von Europaabgeordneten wurde mit dem Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages ausgezeichnet.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Marcel Schepp

Analyse und Beratung

Demokratie, Recht und Parteien,

T +4930269963499

marcel.schepp@kas.de

Impressum

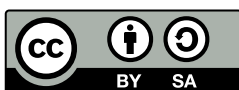
Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024, Berlin

Covergestaltung mit Material von: wikipedia.org/wiki/ASEAN, Addicted04, CC BY 3.0
creativecommons.org/licenses/by/3.0

Gestaltung und Satz: KALUZA + SCHMID Studio GmbH

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-236-3

